

POLIZEI REPORT

G 6825

ISSN 0937-535X

Nr. 112 · März 2013



Willkommen
in Hessen



~~Ende der
Fürsorgepflicht~~



INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



POLIZEI REPORT

LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

Zunächst möchten wir euch im Namen der Redaktion im neuen Jahr 2013 willkommen heißen. Dieses Jahr wird für die hessische Polizei ein ganz besonders Wichtiges sein. Nicht alleine die Tatsache, dass im September ein neuer Landtag gewählt wird, beschäftigt uns als GdP. Nein, es stehen sehr umfangreiche und zukunftsweisende Veränderungen an, was sich unmittelbar auf euch alle auswirkt, sei es im Tarifbereich oder bei den Beamtinnen und Beamten.

Am 01. Februar 2013 haben die Tarifverhandlungen in Hessen begonnen.

Unser Land ist seit diesem Jahr die einzige Insel in der Bundesrepublik, die eigene Tarifverhandlungen außerhalb der TdL führt. Berlin hat die richtige Entscheidung getroffen und ist in diese Gemeinschaft zurückgekehrt. Nun sitzt die GdP Hessen mit dem Innenminister Rhein als Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite wieder am Tisch und kämpft für die Verbesserungen der Angestellten in unserem Land. Auf den nächsten Seiten geben wir euch eine erste Zusammenfassung der Auftaktrunde, natürlich halten wir euch über unsere Homepage auf dem Laufenden.

Auch für den Beamtenbereich werden in diesem Jahr weitere Veränderungen beschlossen werden.

Im Dezember 2012 haben die Regierungsfraktionen den Entwurf ihres 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes in den Landtag eingebracht. Auf 454 Seiten sind von der Laufbahn, über die Besoldung bis zur Versorgung



Peter Wittig



Ralf Humpf



Jens Mohrherr

Tarifverhandlungen 2013 eröffnet	5
Neuer Vorstand der Kreisgruppe HBP Lich	7
Dienstrechtsreform Teil 2	9
Peter Wanke im Ruhestand	13
Mitgliederversammlung KG Rheingau	15
Fortbildung Ordnungspolizei Untertaunus	15
Vertrauenbeweis – Polizei auf Platz 1	17
Mentoring in der GdP	18
Kreppelkaffee im HLKA	19
Tagebuch eines Ausfluges der HPA	19
Mitgliederversammlung im HLKA	21
Ernährung und Gesundheit	23
Roland Kramer beim Bundespräsidenten	26
Aus der Kreisgruppe Rheingau	27
Neujahrsempfang im PTLV	29
Neuer Wasserwerfer im Dienst	31
Erhalt des PTLV – eine lange Story	33
Mitgliederversammlungen in den BZG	34
Täuschungen in der Gesellschaft	37
Aus dem Gerichtssaal	39
Aus der Kreisgruppe Mudra	42
Verschuldung in Deutschland	43
Jahreshauptversammlung HBP	45
Aus dem Seniorenvorstand	47
Schlusspunkt	50



DIE REDAKTION INFORMIERT

einige grundlegende Änderungen vorgesehen. Aber auch so wichtige Themen wie Wochenarbeitszeit, Urlaubsverordnung und auch wieder einmal Einschnitte in die Personalvertretungsrechte sind Inhalt des Entwurfes. In diesem Heft geben wir euch ausschnittsweise einen Überblick der wichtigsten Veränderungen, die dann im hessischen Landtag im Sommer in die Lesungen gehen. Die Gewerkschaften und Verbände sind zu Stellungnahmen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens aufgerufen und sind entsprechend beteiligt. Auch wir werden in den anstehenden Beratungen im Innenausschuss unsere gewerkschaftlichen Positionen vertreten. Umfassende aktuelle Informationen stellen wir euch ebenfalls auf der Homepage zur Verfügung.

Im Rahmen einer Regierungserklärung hat der hessische Innenminister noch im Dezember 2012 ein Hebungsprogramm für die hessische Polizei verkündet.

Dieses haben die Regierungsfraktionen zum Wohl der hessischen Polizeivollzugs- und den Fach-/Verwaltungsbeamtinnen und -beamten beschlossen, man höre und staune. Daran gibt es eigentlich nichts auszusetzen. Allerdings, wenn man genauer hinschaut, kommen Zweifel über die langfristige Wirkung dieses Hebungsprogramms auf. 261 Hebungen in die Besoldungsgruppe A 11, verteilt nach prozentualen Anteilen der Personalbewirtschaftung in dieser Besoldungsgruppe stehen 869 Hebungen nach A 10 gegenüber. Damit wird der „Bauch der Oberkommissare“ noch dicker. Mithin finden sich in dieser Besoldungsgruppe rund 8000 Beschäftigte wieder. Die Karriere des „Schutzmanns oder Kriminalisten“ bei der hessischen Polizei wird sich für die meisten der Beschäftigten künftig leicht vorhersehen lassen.

Nach Beendigung des Bachelor-Studiums folgt die Ernennung zum PK/KK. Nach vier Jahren Standzeit dürfte dann die Beförderung in die A 10 zur Regel werden.

Und dann...??? Welche Perspektiven bleiben dann noch für den weiteren Karriereweg? Betrachten wir uns die anstehenden landesweiten Ruhestandsversetzungen in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 so wird deutlich, dass eine Nachschlüsselung auf Grund weniger Ruhestandsversetzungen schwerlich stattfindet. Damit sinken die Chancen derjenigen, die sich trotz des Innehabens adäquater Stellen berechnete Hoffnungen auf ein höherwertiges Amt, beginnend ab der A 11 machen. Der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier stellte vor einigen Jahren fest:

„Es kann nicht sein, dass es zu Beginn einer polizeilichen Karriere zweimal dumpfe Schläge tut und dann fast vierzig Berufsjahre nichts mehr.“ (Gemeint war hier die Regelbeförderung nach dem Studium bis in die A 10 wie eingangs beschrieben).

Um hier entsprechende Perspektiven zu schaffen, werden wir im Rahmen unserer Beratungsfunktionen die politisch Verantwortlichen immer wieder darauf hinweisen müssen, dass es gerade ein Aufbohren der festgeschriebenen Stellenplanobergrenzen bedarf, um der hessischen Polizei langfristige Beförderungsperspektiven zu geben, und eben nicht im Rahmen der Modernisierung des Dienstrechts bei diesem falschen System zu bleiben. Nur wenn Nachschlüsselungen planbar feststehen, kann eine effektive Personalentwicklung stattfinden. Diese ist der Transmissionsriemen für eine wirksame polizeiliche Arbeit.

Intension aller Entscheidungsträger sollte auch sein, dass auch lebensältere und damit berufserfahrene Kolleginnen und Kollegen bei den Beförderungen in die A 11 bedacht werden!

Dies aus gutem Grund: zum Einen ist es der verdiente Lohn für gute Arbeit, und zum Anderen machen die dann Beförderten in einem überschaubaren Zeitraum „ihre Stellen“ wieder durch Ruhestandsversetzungen frei. Dies war eigentlich guter Brauch innerhalb der

hessischen Polizei. Allerdings konnten wir in den zurückliegenden Jahren immer häufiger eine Tendenz in den Behörden feststellen, dass die Beförderungen der „dienst- und lebenserfahrenen“ Beamtinnen und Beamten immer mehr die Ausnahmen waren.

Sicherlich haben sich im Rahmen struktureller Ausgleichsmaßnahmen alle Behörden mehr höherwertige Stellen in der Besoldungsgruppe A 11 versprochen. Allerdings ist auch keine Behörde leer ausgegangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zurück zu den umfangreichen Aufgaben, die uns in den kommenden Wochen und Monaten erwarten. Wir werden alles daran setzen, uns für eure Belange in allen Bereichen einzusetzen.

Eine starke GdP profitiert von dem solidarisierenden Gedanken, den wir selbst einmal mit „Gemeinsam stark“ beschrieben haben.

Und auf diese Stärke der GdP, also auf euch, werden wir in der für die Polizei wichtigen Zeit bis zur Wahl in Hessen bauen. Beteiligt euch an unseren Aktionen, mit denen wir auf unsere misslichen Zustände aufmerksam machen werden, hierzu brauchen wir die Unterstützung. Die Politik in Hessen hat den Wahlkampf bereits eröffnet und möchte auch mit der Polizei punkten.

Wir sind bereit, liebe Damen und Herren, und auf eines können sie sich verlassen, nämlich dass die GdP in Hessen mit ihrer bekannten Stärke punkten wird.

Und dies sind nahezu 12.000 Mitglieder in Hessen, wir sind bereit. ■

Eure Redaktion





TARIFVERHANDLUNGEN HESSEN 2013 ERÖFFNET

GDP-FORDERUNGEN IN ANLEHNUNG AN DIE VERHANDLUNGEN DER TDL

Mit der Auftaktveranstaltung am 01. Februar 2013 im HMdLuS begann die Tarifrunde 2013 für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen.

Für die GdP nahmen unser Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller, Petra Moosbauer vom PP Frankfurt und Heinz Schiskowsky als stellvertretender Landesvorsitzender für den Bereich Tarif an der Veranstaltung teil. Unsere Vertreter sitzen somit direkt am Verhandlungstisch mit dem Minister. Vor dem ersten Kräftenessen trafen sich die mit verhandelnden Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP, IG BAU sowie die Tarifunion des Beamtenbundes in den Räumlichkeiten des Innenministeriums in Wiesbaden zu internen Abstimmungsgesprächen.

Am Nachmittag gab es dann eine gemeinsame Pressekonferenz, bei der alle Gewerkschaftsvertreter und der Minister ihre Positionen kurz darstellten.

Im Anschluss daran traten wir mit der Arbeitgeberseite zu ersten Gesprächen zusammen. Nach der Begrüßung durch den Innenminister Boris Rhein erläuterte dieser dann die Hinderungsgründe zur Finanzierung der gewerkschaftlichen Forderungen aus seiner Sicht.

Demnach würden ca. 500 Millionen € notwendig sein, um dies zu finanzieren. Mit der „Schuldenbremse“ sei dies nicht umzusetzen.

Bei der Übertragung des geforderten Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich steigerten sich die Kosten gar auf 700 Millionen €, so Innenminister Rhein.

Auf die geforderte Arbeitszeitreduzierung im Beamtenbereich sowie die weiteren Forderungen der Gewerkschaften ging er zu diesem Zeitpunkt nicht ein.

Die GdP machte dem Innenminister deutlich, dass die Schuldenbremse nicht dazu genutzt werden darf, um Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorzunehmen.

Denn schließlich haben gerade sie die enorme Verschuldung im Lande Hessen nicht verursacht. Zum Einen war dies politischen Entscheidungen geschuldet und zum Anderen hat die Bankenkrise dazu beigetragen.

Allerdings scheint es so, als solle wieder mal der öffentliche Dienst durch Zurückhaltung helfen, den Schuldenberg abzubauen.

Sehr geehrte politisch Verantwortliche, wann ist ihrer Meinung nach der passende Zeitpunkt für adäquate Gehaltssteigerungen? Ist die allgemeine Wirtschaftslage gut, sollen wir durch Gehaltsforderungen nicht die Konjunktur gefährden. Bei einer nicht so guten Wirtschaftslage ist für angemessene Gehaltserhöhungen kein Geld da.

Wieder sollen wir als „Melkkuh“ herhalten, wie so oft.



Wir, die GdP, möchten mit unseren Forderungen dafür eintreten, dass auch der Binnenmarkt wieder in Gang kommt – z. Zt. eine Schwachstelle der Wirtschaft. Das funktioniert aber nur, wenn dem Verbraucher entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund müssen spürbare Gehaltserhöhungen erfolgen.

Auch möchten wir wieder den Gleichklang des Tarifgefüges im öffentlichen Dienst erreichen.

Z. Zt. erhalten Beschäftigte des TV-H 2,25 % weniger an Gehalt wie die des TVöD (Beschäftigte von Bund und Kommunen). Ab August 2013 sind es bereits minus 3,6 %. Die Preissteigerungsrate beträgt zudem etwa 2%.

Die Konjunkturprognose für das Jahr 2013 wird durch die Wirtschaftsforschungsinstitute auf ca. 1 % geschätzt. Summiert man diese Werte, so sind unsere For-

derungen von 6,5 % mehr Gehalt auch nachvollziehbar.

Ein weiterer Verhandlungspunkt wird nach dem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts die Neuregelung des Erholungsurlaubs sein.

Auch hier war die Arbeitgeberseite zu keinem Angebot bereit.

Für den 22. Februar 2013, also schon Vergangenheit, wenn ihr diese Zeilen lest, haben wir mit dem Land Hessen eine weitere Verhandlungsrunde vereinbart, allerdings erwarten wir zu diesem Termin noch keine durchgreifenden Erfolge, da arbeitgeberseitig der Abschluss der TdL (alle Bundesländer außer Hessen) abgewartet werden wird. Dieser Abschluss soll zum 07./08. März in Berlin erfolgen. Der Abschluss in Hessen ist für den 08. und 09. April in Wiesbaden geplant.

Wir halten euch natürlich weiter auf dem Laufenden. Aktuelle Entwicklungen können jederzeit auf unserer Homepage nachgelesen werden. www.gdp.de/hessen.

Schiskowsky/Wittig

Unsere Forderungen

- Erhöhung der Entgelte um 6,5%
- Soziale Komponente
- Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte
- Verlängerung der Möglichkeit begonnener Bewährungsaufstiege
- Verbindliche dauerhafte Übernahmeregulierung der Auszubildenden
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger
- Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit des Beamtenbereichs auf 40 Std. wöchentlich
- Einschränkung der Möglichkeiten zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge

Weitere Infos hier



NEUER VORSTAND DER KREISGRUPPE BEPO LICH

Am 29.11.2012 trafen sich die Mitglieder der Licher Kreisgruppe erstmals außerhalb der Dienststelle zu ihrer Jahreshauptversammlung. Die Hotelgaststätte Schneider in der Licher Altstadt bot den vorweihnachtlichen Rahmen.

Nach den Berichten des Bezirksgruppenvorsitzenden Detlef Otto der die Wichtigkeit der GdP-Bezirksgruppe insbesondere vor den gerade anstehenden Länderkooperationen und Überprüfungen von Einheiten und Liegenschaften hervorhob, berichtete Kreisgruppenvorsitzender Peter Tilger von der Arbeit vor Ort, die von den Teilnahmen an vielen Personalratssitzungen, der Sommerfestgestaltung, der Beratung und Unterstützung der Kollegen bis zu den Weihnachtspäsenten für die Wache am 24.12. und 31.12.2012 in diesem Jahr reichten.

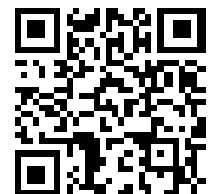
Aus der Schwalm und Nordhessen waren die Jubilare Klaus-Peter Beckmann und Karl-Heinz Garde angereist, die für 50 bzw. 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft von Detlef Otto und Peter Tilger geehrt wurden. Beide Jubilare haben über Jahrzehnte als Kreisgruppenvorsitzende, Stellvertreter und im Personalrat gearbeitet.

Nach den Ehrungen und dem Kassenbericht standen Ergänzungswahlen auf dem Programm.



Der neue Vorstand der Kreisgruppe HBP Lich mit den Jubilaren:

- Vorsitzender: Peter Tilger (2. v.r.)
- Stv. Vorsitzende: Sandra Weegels (2. v.l.)
- Kassierer: Jens Reisewitz (rechts außen)
- Schriftführer: Peter Knetsch (3. v.l.)
- Beisitzer AFE 27: Stefan Metten
- Vertrauensmann EE21: Janosch Baumann
- Klaus-Peter Beckmann (3. v.r.) 50 Jahre GdP-Mitglied
- Karl-Heinz Garde (links außen) 40 Jahre GdP-Mitglied



Mehr zur HBP

DIENSTRECHTSMODERNISIERUNG TEIL 2 KOMMT

UMFASSENDE ENTWURF FÜR WEITERE VERÄNDERUNGEN LIEGT VOR



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun ist es bereits über 6 Jahre her, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Verfassung, also das Grundgesetz geändert wurde.

Am 01. September 2006 trat die sogenannte Föderalismusreform I in Kraft. Dies hatte zur Folge, dass u. a. für den Bereich der Besoldung und Versorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes aufgegeben wurde. In den neuen Regularien des Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 GG ist diese Regelungskompetenz nun den einzelnen Ländern zugewiesen.

Lange hat sich der Gesetzgeber in Hessen Zeit genommen, um ein Gesamtpaket für die eigenen hessischen Gesetze zu schnüren.

Aber mit einem Blick auf das Jahr 2010 dürfen wir feststellen, dass man lediglich zunächst mit einer ersten Stufe starten wollte.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, man hatte es 2010 dann plötzlich doch sehr eilig, als man das 1. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz in den Landtag einbrachte, das dann am 01. Januar 2011 in Kraft trat. Schwerpunkt dieser Zerstückelung war nämlich die Anhebung der Altersgrenzen für die Pensionierung der Beamtinnen und Beamten.

Die besondere Grenze für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes von 60 Jahren konnte auch mit gewerkschaftlichem Druck nicht verhindert werden.

Aber durch einen äußerst harten Kampf hat die GdP maßgeblich dazu beigetragen, dass es zu einer stufenweisen Anrechnung der geleisteten Schichtjahre kam.

Ende Dezember 2012 haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP nun das 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz als Entwurf in den Landtag eingebracht. Im Gesamtpaket sprechen wir hier von 454 Seiten mit Änderungs- bzw. Anpassungscharakter, über deren Sinn und Notwendigkeit gerne diskutiert werden darf. Im Mittelpunkt dieses Entwurfes stehen technische und redaktionelle Anpassungen an das Beamtenstatusgesetz, die Abkehr von den noch geltenden Dienstaltersstufen (EU-Rechtsprechung lässt grüßen), Veränderungen im Bereich des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes und auch wieder einmal Einschnitte in Mitwirkungsrechte des Personalvertretungsrechts.

An dieser Stelle möchte ich auszugsweise Änderungen darstellen, die Teil des Gesetzesentwurfes sind und natürlich Auswirkungen auf den Bereich der Polizei haben werden.

Laufbahnrecht (§§ 13 / 15 HBG-E)

In einem neuen Hessischen Beamtengesetz soll es Veränderungen im Laufbahnrecht geben.

Die bisher bestehenden über 100 Laufbahnen sollen auf 11 reduziert werden.

Ob dies sinnvoll und notwendig ist, erschließt sich mir nicht. Wenn nämlich in der gleichen neuen Gesetzgebung die Türe wieder geöffnet wird, indem die Möglichkeiten bestehen, dass „fachspezifisch ausgerichtete Laufbahnzweige“ gebildet werden können, relativiert sich der Grundgedanke einer Verschlinkung wieder.

Vielleicht haben wir dann bald 11 Laufbahnen und 90 Laufbahnzweige.

Begrüßenswert ist im neuen Recht die überfällige Abschaffung des einfachen Dienstes als Laufbahngruppe.

Und nur zur Klarstellung: In diesem Gesetzesentwurf ist eine neue Hessische Laufbahnverordnung nicht vorgesehen. Man beschränkt sich auf einzelne Regelungen durch das Modernisierungsgesetz. Warum spreche ich dies überhaupt an?

Es ist überhaupt nicht erkennbar, wie in Zukunft der prüfungsfreie Aufstieg in eine andere Laufbahngruppe ausschauen soll.

Ich denke, dass wir in jedem Fall an dieser Systematik festhalten sollten, denn es ist ein überschaubarer Personenkreis und die Durchlässigkeit der Laufbahngruppen rechtfertigt dies auch.

Pension mit 67 (§ 33 HBG-E)

An dieser Stelle wird die seit 2012 schrittweise eingeführte längere Lebensarbeitszeit zementiert.

Man darf kritisch anmerken, dass von Seiten der Landesregierung kein Interesse besteht, über die Verlängerung allgemein zu diskutieren.

Aber man verwehrt sich auch gegen eine zumindest diskutabile Form der Öffnungsklausel, die es ermöglichen kann, im individuellen Blick auf ältere Beamtinnen oder Beamte die Lebensarbeitszeit zu überprüfen.

Hier fehlt es völlig am Fürsorgegedanken des Arbeitgebers.

Dienstliche Beurteilungen (§ 59 HBG-E)

Das Erfordernis einer Beurteilung soll erstmals per Gesetz geregelt werden.

Gerade im Polizeibereich wissen wir über die Problemstellungen der vergangenen



Jahre mit allen Diskussionen rund um einheitliche und vergleichbare Beurteilungsverfahren in Hessen.

Fakt ist, dass es zwar eine gesetzliche Verpflichtung für eine Beurteilung geben kann, viel wichtiger ist jedoch die Frage, wie denn eine solche Beurteilung inhaltlich gestaltet wird.

Die Rechtsprechung ist auf diesem Gebiet eigentlich eine Eindeutige:

Eine freie Formulierung wäre grundsätzlich ausreichend, es wird keine verbindliche Struktur und Inhalt verlangt.

Dienstbefreiung für politische/gewerkschaftliche Betätigung (§ 69 HBG-E)

Es darf begrüßt werden, dass die Möglichkeit für gewerkschaftliche und politische Betätigung und der entsprechenden Dienstbefreiung erhalten werden soll.

Jedoch soll die analoge Anwendung für den Tarifbereich gestrichen werden, die in der bisherigen Regelung des § 215 (1) HBG normiert war.

Demnach gäbe es für die Tarifbeschäftigten lediglich noch die Antragsberechtigung nach den tarifrechtlichen Normierungen (§ 29 TV-H), die eine Reduzierung auf maximal 8 Tage vorsieht.

Diese Schlechterstellung lehnen wir mit Blick auf die traditionelle Gleichbehandlung des öffentlichen Dienstes ab.

Hilfspolizeibeamte (§ 115 HBG-E)

Die in § 99 HSOG beschriebenen Kolleginnen und Kollegen der Kommunen sind ebenfalls einer hohen Belastung ausgesetzt, wenn sie im Schichtdienst eingesetzt sind.

Ich denke, dass es dann auch selbstverständlich sein sollte, sie entsprechend den neuen Regelungen der §§ 112 ff HBG-E mit einer besonderen Altersgrenze zu bedenken.

Auch diese Beschäftigten hätten in der Folge einen Ruhestandseintritt mit 62 Jahren.

Neues Besoldungsrecht (HBesG)

Neu kommen wird ein eigenes hessisches Besoldungsrecht (Hessisches Besoldungsgesetz).

Hier werden alle besoldungsrelevanten Regelungen hinterlegt werden, und damit die analoge Anwendung der BBesG überflüssig machen.

Als zunächst positiv bewerte ich die Absicht, die besoldungsrechtlichen Verjährungsfristen für den Beamtenbereich zu

regeln. Sie orientieren sich analog den Regelungen der §§ 194 ff BGB.

Stellenobergrenzen (§ 27 HBesG)

Der Entwurf hält an den starren Regelungen fest, während wir seit Jahren und auch an dieser Stelle fordern, dies endlich aufzugeben.

Grundgehalt und Besoldungsdienstalter (§ 28 ff HBesG)

Die bestehende Besoldungstabelle wird umfangreich neu gestaltet.

Die bisherigen Dienstaltersstufen werden zugunsten von Erfahrungsstufen aufgegeben (EU-Recht). Es wird insgesamt 8 neue Stufen geben, die man nach einer Maximalzeit von 23 Jahren erreicht hat.

Unklarheiten bestehen bei der Einstufung in die Erfahrungsstufe nach einer Beförderung; hier darf es nur eine Mitnahme der alten Stufe geben.

Die Polizeizulage soll erhalten bleiben, jedoch weiterhin nicht ruhegehaltsfähig. Auch die Regelungen zur Sonderzuwendung bleiben unverändert.

Alle neuen Regelungen für die vorhandenen Beschäftigten werden in dem Hessischen Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz (HesBesVÜG) beschrieben.

Versorgungsrecht (HBeamtVG)

Die Höhe des Ruhegehaltes wurde auf 71,75% festgeschrieben, die Abschlagsregelungen bei vorzeitigem Ruhestand bleiben bestehen.

Die Ausgleichszahlung in Höhe von 4091 € für Vollzugsbeamte wird in § 21 HBeamtVG geregelt.

In § 65 gibt es das Recht auf Versorgungsauskunft.

Neu geregelt wird in § 76 ff die Mitnahme von Versorgungsansprüchen (Altersgeld) bei einer Beendigung des Beamtenverhältnisses. Voraussetzungen: mind. 5 Jahre ruhegehaltsfähige Dienstzeit, Regelaltersgrenze ist erreicht und Antrag liegt vor (erlischt bei einer erneuten Verbeamtung).

Kindererziehungszeit wird nach § 6 nur für ein halbes Jahr als ruhegehaltsfähige Dienstzeit anerkannt, und nur für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Für später geborene Kinder gibt es nach § 56 lediglich einen finanziellen Kindererziehungszuschlag von 80,-€ für das erste Kind,

weitere 5,- € für das 2. Kind und 10,- € ab dem 3. Kind.

Arbeitszeit

In der HAZVO soll es leider unverändert bei der bisherigen Wochenarbeitszeit von 40/41/42 Stunden bleiben.

Die Gutschriftmöglichkeiten auf das Lebensarbeitszeitkonto sollen eingeschränkt werden, Abwesenheitszeiten wegen Kur oder Heilbehandlung ab der 7. Woche nicht mehr berücksichtigt werden.

Personalvertretungsrecht

Neben einigen nachvollziehbaren redaktionellen Änderungen gibt es aber einen erneuten Angriff auf die Personalvertretungsrechte.

Die Mitwirkung des Personalrates nach § 81 HPVG bei der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung soll sich zukünftig nur noch auf „deren Grundsätze“ beschränken.

Hier drängt sich der Verdacht auf, dass die Landesregierung eine einheitliche Dienstpostenbewertung plant, die Mitarbeiter bzw. deren Personalvertretungen aber nicht beteiligen will.

Urlaubsverordnung

§14a HUrVVO ist noch immer nicht geändert. Hier müssen nun schnellstens die 2 zusätzlichen Tage Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende aufgenommen werden sowie die einheitliche Berechnung nach Nachtstunden.

Gleiches betrifft auch die seit vielen Jahren mehr als erforderliche Schaffung hessischen Rechts auf dem Gebiet der Erbschwerniszulagen.

OPE'en, die hochbelastete Schichtfolgen leisten, müssen ebenso eine Schichtzulage erhalten wie die Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes endlich eine Anpassung der DuZ-Sätze erfahren müssen.

Diese Beschäftigten mit einer Zulage auf dem Stand 2004 abzuspeisen, zeigt die wahre Wertschätzung der Landesregierung. ■

Peter Wittig



PETER WANKE NACH 43 JAHREN „JUNGPENSIONÄR“

EINE FÜHRUNGSKRAFT MIT VIEL MENSCHLICHKEIT UND SENSIBILITÄT

Ohne große „Verabschiedungszeremonie“, sondern im Kreise vieler Kolleginnen und Kollegen, darunter auch „Ehemalige“, verabschiedete sich Peter Wanke im Dezember des zurückliegenden Jahres in den Ruhestand.

Die breit aufgestellte dienstliche Vita des „Schutzmanns Peter Wanke“ zeichnete sich in den vielen Dienstjahren dadurch aus, dass er auch behördenübergreifend seinen Dienst versehen hat.

In der Einladung zu seiner Verabschiedung bat Peter darum, von Grußworten Abstand zu nehmen. Dennoch ließ er selbst es sich nicht nehmen, in einem Blitzlicht auf seine lange dienstliche Karriere zurück zu blicken, was hier und da die Anwesenden bei der einen oder anderen Begebenheit zum schmunzeln veranlasste.

Sehr viele positive Eindrücke prägten Peter's Dienstzeit, die er auch gerne in Erinnerung behalten wird. Kollegialität, Verständnis für andere und eine ehrliche Verlässlichkeit waren hier die genannten Attribute, die er gerne in Erinnerung behalten wird.

Der kommissarische Behördenleiter des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums, Michael Hallstein, bedankte sich für Peter Wanke's geleistete Arbeit. Ebenso ließen es sich die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Z und der TEE 19 nicht nehmen, kleine Präsente zu überreichen. Blitzlicht der Tätigkeiten:

Beginnend in den Technikbereichen einer Stabhundertschaft, wo er u.a. als Taucher, Sprengmeister, Bootsfahrlehrer und Schweißausbilder im Technischen Zug tätig war, wurde er dann Zugführer eines Sondereinsatzzuges. Als Sachbereichsleiter Einsatz wechselte er in den Stab bei der Direktion der Hessischen Bereit-

schaftspolizei. Man übertrug Peter Wanke auch die kommissarische Leitung einer Polizeistation im ehemaligen Polizeipräsidium Wiesbaden. Auch die Verwendung als Hundertschaftsführer einer Technischen Einsatzeinheit sind zu berücksichtigen.

Einsätze innerhalb und gerade auch außerhalb Hessens prägten die Einsatzmaßnahmen.

Dem Einsatzgeschäft weiter eng verbunden, leitete er in den letzten Jahren die Abteilung Zentrale Dienste im Bereitschaftspolizeipräsidium. Sein Sach- und Fachverstand war über die Grenzen Hessens auch auf Bundesebene gefragt.

In Kollegenkreisen werden Peter Wankes Souveränität, sein strukturiertes Vorgehen und sein analytischer Weitblick hervorgehoben. Auch die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Polizei darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Weit über 40 Jahre ist Peter Wanke ein verlässliches Mitglied und eben auch ein oftmals kritischer Ratgeber.

Immer auf die Ausübung des sportlichen Ausgleiches zum dienstlichen Leben bedacht, kam auch der Sport und insbesondere das Radfahren in den vielen Jahren nicht zu kurz. Sein Rennrad diente ihm einige Jahre als Kraftfahrzeuersatz, da man ihn in den Sommermonaten meistens mit dem Rad zum Dienst fahren sah. „Mit Peter Wanke geht eine Führungskraft in den verdienten Ruhestand, die mit positiver Grundeinstellung, viel Menschlichkeit und Sensibilität offen auf die Mitarbeiter zugegangen ist“.

Ein schönes Kompliment, dem nichts hinzuzufügen ist!

■
JM



Detlef Otto sagt danke für 40 Jahre GdP



Kollegen und Mitarbeiter mit Präsenten



Herr Schmidl mit Peter Wanke



Kollegen verabschieden sich



DELEGIERTENKONFERENZEN IN DEN BEZIRKEN:

- Bezirksgruppe Hessische Bereitschaftspolizei:
31. Oktober 2013
in Bad Salzhausen
- Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden:
29. August 2013
in Geisenheim, Waldhotel Rheingau
- Bezirksgruppe Westhessen
28. und 29. November 2013
Wiesbaden-Naurod, Wilhelm-Kempf-Haus

VERANSTALTUNGEN IN DER BZG WESTHESSEN

MITGLIEDERVERSAMMLUNG KREISGRUPPE RHEINGAU



Im Hofgut zu Erbach fand am 28.11.2012 die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Rheingau statt. Bei bunt gemischter Beteiligung zwischen aktiven Beamten und Pensionären fand der alljährliche Gedanken- und Informationsaustausch in gemütlicher Runde statt. Als Gast konnte Peter Wittig als Vorsitzender der Bezirksgruppe und gleichzeitig Vertreter des Landesvorstandes und des Personalrates begrüßt werden. Daniel Klimpke zog ein Resümee über das vergangene Jahr. Als äußerst erfreulich ist die Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre anzusehen, die Mitgliederzahl steigerte sich auf 61. Nachdem der Vorsitzende seinen Bericht abgeschlossen hatte, berichtete der Kassierer Gregor Ba-

der über seine Tätigkeiten und die vorangegangene Kassenprüfung. Die Kasse und deren Führung war solide und gibt den einen oder anderen Spielraum für die Zukunft. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, den Dienstgruppen, die an Heiligabend oder an Silvester Nachdienst haben, einen Bonus zukommen zu lassen um diese besonders belastenden Dienste zu erleichtern. In Zukunft soll ein GdP-Stammtisch ins Leben gerufen werden, dieser soll zum Informationsaustausch zwischen den Dienststellen Eltville und Rüdesheim dienen und das Miteinander fördern. Der Stammtisch dient auch als Anlaufstelle für nicht organisierte KollegInnen, um den Kontakt zur GdP herzustellen. Eine weitere Neuerung wurde durch das Vorstandsmitglied Thomas Egenolf ins Leben gerufen. Es gibt neuerdings auch einen eigenen Bereich für die Ordnungspolizei auf der Homepage der GdP Hessen.

Im Anschluss wurde Peter Wittig das Wort erteilt. Dieser berichtete ausführlich über die neuesten politischen Entwicklungen und über die mangelnde Informa-

tion der Landesregierung bezüglich der aktuellen Rechtsprechung zur Urlaubs- und Besoldungsregelung. Er wies auf die ausführlichen Informationen auf der Homepage hin und munterte die Kollegen auf, einen der vorgefertigten Einsprüche abzusenden, um bei einer Aufrechterhaltung der Rechtsprechung auch davon profitieren zu können. Peter Wittig stand im weiteren Verlauf allen aufkommenden Fragen Rede und Antwort und es entwickelte sich eine angeregte Diskussionsrunde. Weitere Themen waren die Erhöhung der DUZ und die länderübergreifende Entwicklung im Bereich der Polizei. Eine vorgesehene Ehrung konnte am Abend leider nicht vorgenommen werden, diese wird im Laufe der nächsten Dienste dem Mitglied ausgesprochen. Zum Schluss gab der Vorsitzende noch einen Ausblick auf das Jahr 2013 mit all seinen Höhepunkten.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es in der Kreisgruppe Rheingau im nächsten Jahr zu turnusgemäßen Vorstandswahlen kommt.

Daniel Klimpke

FORTBILDUNG DER ORDNUNGSPOLIZEI KREISGRUPPE UNTERTAUNUS

Im November und Dezember 2012 wurde erneut durch das DIF Trainer Team des PP Westhessen ein spezielles Training für die Beschäftigten der Ordnungspolizei des Rheingau-Taunus-Kreises durchgeführt. Erstmals nahmen hieran auch Kollegen aus dem Main-Taunus-Kreis teil.

Insbesondere war es wieder einmal wichtig, gewisse Grundübungen der vergangenen Jahre zu wiederholen und natürlich Neues hinzu zu lernen. Mit viel Engagement haben sich alle daran beteiligt.

Gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungspolizei, die ja immer wieder auch bei gemeinsamen Einsätzen mit der Landespolizei Hessen Dienst versehen, ist es wichtig, dies zu festigen und sich fortzubilden.

Für die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei ist es dazu hilfreich zu wissen, dass wir als gemeinsame Partner über eine fundierte Ausbildung im Ernstfall verfügen.

Auch im Bereich der Ordnungspolizei kommt es immer wieder vor, das Kollegin-



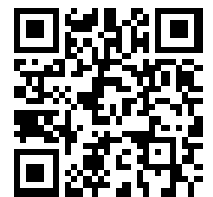
nen und Kollegen angegriffen oder sogar bei Einsätzen verletzt werden.

Um so mehr ist es wichtig, das Erlernete dann auch umsetzen zu können.

Vielen Dank an das Trainer-Team des PP Westhessen für ihre hervorragende Ausbildung und Unterstützung, vor allem aber das Engagement für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Keine Frage, wir kommen wieder.

Ralf Heil
Ordnungspolizei Aarbergen



Zur Homepage
Westhessen



POLIZEI GENIESST DAS GRÖSSTE VERTRAUEN

STUDIE BESTÄTIGT IM VERTRAUENS-RANKING DEN SPITZENPLATZ – POLITISCHE PARTEIEN HABEN DIE ROTE LATERNE

Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen ist es eine wahre Wohltat, wenn man in den Medien und der Öffentlichkeit von grundlegendem Vertrauen in die deutsche Polizei lesen darf.

Wenn wir in unseren eigenen Bereich blicken, stellen wir doch oft und sehr schnell fest, dass wir von Seiten der Politik und auch teilweise den Präsidien nicht mit diesem Vertrauen verwöhnt werden.

Wie beispielsweise

die hessische Landesregierung mit Vertrauen zu ihren „Beschützern“ des Staates umgeht, brauche ich an dieser Stelle nicht noch einmal umfänglich darzustellen.

Und da schafft auch das derzeitige Hebungsprogramm zu Beginn des Wahlkampfjahres 2013 keine Abhilfe.

Ihr alle in der Familie der Polizei, sei es im Tarif- oder Beamtenbereich, habt wahrlich anderes verdient.

Warum spreche ich dies an dieser Stelle noch einmal an, werdet ihr euch fragen. Nun, am 07. Februar 2013 veröffentlichte die GfK Verein (Gesellschaft für Konsummarkt- und Absatzforschung) ihre Studie

„GfK Global Trust-Report 2013“



zur Frage:

Welche Branchen und Institutionen genießen das meiste Vertrauen?

Eine Studie im Zeitraum von September bis November 2012 in 25 Ländern und mit 28.000 Einzelinterviews.

Mit 81% rangiert die Polizei in Deutschland mit Abstand auf dem ersten Platz.

Nun zurück zu den politisch Verantwortlichen, ihre Parteien landen nämlich auf dem letzten Platz mit abgeschlagenen 16%.

Kolleginnen und Kollegen,

betrachten wir uns diesen Unterschied, so bestätigt sich zunehmend mein Verdacht der vergangenen Wochen und

Monate in Sachen Wertschätzung der Arbeit, die unter extrem schwierigen Bedingungen geleistet wird.

Ich zitiere das Handelsblatt in seiner Veröffentlichung vom 13. Februar 2013:

„Sie ärgern uns, sie nerven uns und doch können wir nicht ohne sie. Die Polizei belegt beim GfK-Trust-Ranking mit 81 Prozent den ersten Platz. Keine andere Institution genießt ein so großes und beständiges Vertrauen in der Bevölkerung“

Sehr geehrte Damen und Herren der Politik in Hessen, egal, ob in Regierungsverantwortung oder (noch) nicht, nun zu Ihnen:

Bitte nehmen Sie sich diese Studie einmal zu Herzen und bestätigen den vielen Polizeibeschäftigten, dass auch Sie es ernst meinen mit dem Vertrauen in Ihre Beschäftigten.

Ich bin es langsam satt,

von einem heutigen Ministerpräsidenten Bouffier nichts mehr zur Hessischen Polizei zu hören.

War es doch er höchst persönlich, der für viele haarsträubende Verschlechterungen verantwortlich ist. Wahrscheinlich ist es ihm selbst peinlich, darüber zu reden.

Ich erinnere mich auch noch zu gut zur Art seiner Wertschätzung und Vertrauen, indem er demonstrierende Polizisten **als Krawallmacher titulierte.**

Ich vergesse dies jedenfalls nicht, und viele von uns auch nicht.

Ich bin es langsam satt,

dass die berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen größtenteils gnadenlos ignoriert werden und man gerade so tut, als müssten Polizeibeschäftigte noch mehr bluten und opfern als andere Bereiche und dafür auch noch dankbar sein.

Ich bin es langsam satt,

dass man auch von dem alten Ministerpräsidenten Koch nichts mehr zu seiner Polizei hört. Ihm scheint es in der Wirtschaft ja sehr gut zu gehen, was schert mich also ...

Und ich bin es auch satt,

dass man heute gerade so tut, als müssten unsere Kolleginnen und Kollegen doch mit Allem, was sie haben, hoch zufrieden sein.

Die Politik ist von der Realität Polizei soweit entfernt wie vom letzten Platz der Studie zur Tabellenführung!

Vertrauen ist keine Einbahnstraße, meine Damen und Herren.

Denn nur, wer Vertrauen schenkt, kann auch damit rechnen, vom Vertrauenskunden ein Stück zurück zu bekommen.

Noch einmal, nehmen Sie sich diese Studie zu Herzen, denn die Polizeibeschäftigten vergessen nicht, verlassen Sie sich darauf.

Arbeiten Sie daran, nicht noch weiter abzustiegen, denn viel tiefer geht es nicht.

Ich denke, als „Tabellenführer“ darf man doch gewiss diesen gut gemeinten Rat an das Tabellenende senden.

Glück auf
Peter Wittig

VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN IN DEUTSCHLAND

• Polizei	81%
• Justiz	65%
• Verwaltung	58%
• Militär	57%
• Medien	43%
• Kirche	39%
• Euro	38%
• Regierung	34%
• Internet	34%
• Unternehmen	26%
• Politische Parteien	16%

- Studie in 25 Ländern
- 28.000 Interviews
- Untersucht wurden 12 Institutionen und 11 Branchen

Quelle: GfK Verein,
GfK Global Trust Report 2013
www.gfk-verein.org

Infos zur GfK-Studie

MENTORING IN DER GDP – EIN GUTER WEG

ZWISCHENWORKSHOP IN POTSDAM MIT DEN HESSISCHEN TEILNEHMERN

Rasend schnell sind die ersten 9 Monate des Mentoring Projektes vergangen und so trafen sich alle Tandems im November zu einem Zwischenworkshop in Potsdam. Um ehrlich zu sein, konnten wir uns wie beim ersten Workshop nicht so wirklich vorstellen, was uns erwartet, zumal die Tagesordnung eigentlich „nur“ aus Zwischenstand der Tandems, Austausch der Mentoren und Mentees unter sich, sowie einem Vortrag zu „Selbstmarketing / Wege“ mit der Referentin Manuela Rukavina bestand.



Kann man so 1½ Tage füllen? Überraschenderweise hätte man damit sogar locker 2-3 Tage füllen können.

Aber zunächst zum **Zwischenstand**. Glücklich berichten zu können, dass in unserem Landesbezirk die Unterstützung des Projektes ganz automatisch läuft und wir Mentees wie selbstverständlich zu Sitzungen und Veranstaltungen eingeladen werden, stellten wir doch relativ schnell fest, dass man wirklich noch Ideen der anderen Tandems aufgreifen kann. Sei es die Teilnahme an politischen Gesprächen oder die Begleitung zu Bundesfachaus-

schüssen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden!

Der Austausch innerhalb der Mentoren-/ bzw. Menteegruppe war mehr als interessant, da man auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Bundesländer nicht unterschätzen darf, die gerade in den Gruppen heiß diskutiert wurden.

Und gerade die unkomplizierten, ehrlichen und kreativen Diskussionen in der Runde sind eine Bereicherung – nicht nur für das Projekt!

Und so vergingen der erste Nachmittag und der folgende Vormittag wie im Flug. Da waren die Bedenken groß, im Mittagstief mit einem Vortrag zu beginnen.

Doch die Referentin Manuela Rukavina verstand es, von der ersten Sekunde an die Gruppe zu fesseln, und sie gestaltete den Nachmittag so abwechslungsreich und mitreißend, dass alle überrascht waren, als das Ende kam und die Heimreise anstand. Wir hätten gerne noch Stunden – die meisten sogar Tage – weiterarbeiten und zuhören können.

Das Fazit der Gruppe war am Ende eindeutig:

Frauen müssen präsent(er) werden, sofern sie im Job bzw. der Gewerkschaft voran weiter kommen wollen.

Daher geht die GdP mit dem Mentoring Projekt definitiv einen Schritt in die richtige Richtung.



**Die Teams aus Hessen:
Katrin Kuhl und Ralf Humpf (li)
Jutta Schütz und Jörg Schumacher (re)**

Nun geht es im Projekt in den Endspurt bzw. hat dieser für mich bereits begonnen, und so durfte ich im Januar die hessische Delegation zur Beiratssitzung Bund begleiten und habe auch dort viele neue GdP-ler kennen gelernt. Die nächsten „Großprojekte“ sind das Führungskräfte-training der GdP in Brakel, sowie die Begleitung zu den Tarifverhandlungen und zu einem Bundesfachausschuss. Und wer weiß, welche Möglichkeiten sich noch bieten, bis zum Projektende im Juni 2013 und darüber hinaus. ■

Katrin Kuhl



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg. Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdl, HPA und PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.
Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden

Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum
Redaktion/Redaktionsanschrift:
Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Ralf Humpf, Katrin Kuhl, GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden
Jens Mohrherr, GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: polrep@web.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909)

bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.09.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Anschriften zur Anzeigenwerbung untersagt. Redaktions-

schluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11. (ISSN 0937-535 X)

Schichtdienstplan des Polizeipräsidiums Westhessen
Meine Dienste 2013
Für GdP-Mitglieder
Bei Ihren Kreisgruppen oder der Bezirksgruppe erhältlich
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
Bezirksgruppe Westhessen

VERANSTALTUNGEN IN DER BZG PZBH

KREPPELKAFFEE DER HLKA-RUHESTÄNDLER

„Ein Feuerwerk der guten Laune“

Mit einem schwungvollen musikalischen Auftritt durch die Hauskapelle Donecker startete auch in diesem wieder der traditionelle Kreppelkaffee der LKA-Ruheständler in den Kantinenräumen der Hessischen Polizeiakademie. Mit Narrenzepter übernahm wieder einmal der Fassenachter Donecker die Regentschaft und führte durch ein ansehnliches Programm.

Nach Eröffnungsprolog und herzlicher Begrüßung dankte er all jenen, die wieder einmal zum Gelingen des Kreppelkaffees ihren Beitrag leisteten, um solche Veranstaltungen zu ermöglichen.

Martin Liebig verstand es gleich zu Beginn die Aufmerksamkeit des närrischen Auditoriums zu gewinnen. Er zählt zu jenen LKA'lern, die immer bereit sind, den Kreppelkaffee zu unterstützen, wofür er viel Dank und Beifall erhielt.

Mit herzlichem Applaus und dem Sozialorden der Stadt Wiesbaden sowie einer Wegzehung wurde Martin Liebig verabschiedet.

Danach wurde die Narrenschar zum Singen und Schunkeln aufgefordert und dann glänzte der Sitzungspräsident des CV Narrenlust Waldstraße, Dieter Schubert jr. (übrigens Kollegensohn), in der Rolle als Babysitter in der Bütt, wofür es viel Beifall gab.

Auch mit dem Sozialorden der Stadt Wiesbaden wurde Dieter Schubert, der seit vielen Jahren mit seinen Vorträgen beim LKA-Kreppelkaffee glänzt, verabschiedet.

Anschließend stand wieder Gesang auf dem Programm, so dass es an Stimmung nicht mangelte. Von ihrer Schlankheitskur berichtete umwerfend die älteste Wiesbadener Büttrednerin, Inge Engelskirchen in der Bütt, die von der Wiesbadener Presse als „Grand-Dame“ mit ihren 92 Jahren bezeichnet wurde, und erntete für ihren Vortrag stürmischen Applaus. Ihr Jungbrunnen ist und bleibt die Bütt! Und das hoffentlich noch viele Jahre!

Anschließend verriet der allseits bekannte und großartige Fassenachter Klaus Gros vom Carnevalclub Wiesbaden (CCW) wie schön doch unsere „Sproch“ ist. Die Art dieser Vorträge scheinen Klaus Gros auf den Leib geschnitten zu sein. Er verstand es auch in diesem Jahr, das Narrenvolk an der Polizeiakademie mit einer Mischung von Humor und Ernsthaftigkeit zu begeistern. Auch er erhielt den Sozialorden der Stadt Wiesbaden und wurde mit donnerndem Applaus und einer Rakete verabschiedet.

Ein Wermutstropfen im Verlaufe des Programms war der nicht mögliche Auftritt der Rasselbande des CV Narrenlust Waldstraße. Infolge eines Missverständnisses stand kein Abspielgerät für die Musik-CD zur Verfügung. Die Narrenschar zeigte jedoch dankenswerterweise Verständnis, dass nur eine namentliche Vorstellung der Rasselbande möglich war. Dennoch wurde die Truppe für ihr Kommen mit einem kleinen Geschenk bedacht und gemeinsam mit ihrer Cheftrainerin Dani Rehwinkel herzlichst verabschiedet.

Gegen Ende des Kreppelkaffees stand noch einmal die Bütt im Mittelpunkt des karnevalistischen Programms.

Stefan Fink, einer der ganz Großen in der Wiesbadener Fassenacht, sorgte, noch ehe er den Mund aufmachte, allein mit seiner Kostümierung als Modezar „Karl Lagerfeld“ für Lacher.

Unter dem Motto „Kleider machen Leute“ wedelte er sich schon auf dem Weg zur Bütt mit einem Fächer die Luft zu, während er dank Diät und Müsli abgenommen hatte und nur noch Magerfeld genannt wurde, wobei er vergnügt die Übergrößen der deutschen Prominenz wie Reiner Calmund und die Wildecker Herzbuben, humoristisch auf's Korn nahm.

Mit einer Rakete für den bärenstarken Vortrag, Orden und einer Wegzehung wurde Stefan Fink von der Kolpingfamilie verabschiedet.

Eine Überraschung war jedoch am Nachmittag die Stippvisite des Wiesbadener Kinderprinzenpaares in Begleitung des Dacho-Vorsitzenden Werner Mühling. Ein besonders herzliches Dankeschön an den Dacho-Boss, der mit seinem Besuch und der Vorstellung des Kinderprinzenpaares, Prinz Yanik der I. und Prinzessin Antonia die I., den Närrinnen und Narren eine große Freude bereitet hat.

Der Schlussprolog lag wieder in den bewährten Händen von Karl Donecker und bildete den Abschluss einer wieder einmal hervorragenden Veranstaltung. ■

K. D.

MIT DER GDP FÄHRT MAN GUT – TAGEBUCH EINES AUSFLUGES DER HPA

Die 6. GdP-Fahrt der Kreisgruppe HPA führte diesmal nach Bremen und Bremerhaven. Ein erlebnisreicher Ausflug, wovon ihr euch anhand des kleinen Reisetagebuches selbst

einen Eindruck verschaffen könnt.

06. September:

Zu gewohnt früher Stunde startete der Bus mit unserem lieben „Vossi“ (Franz Voss) an



der Polizeiakademie (HPA) in Richtung Norden.

Nach ca. 3 Stunden Fahrt hieß es kurz vor Kassel: Aussteigen, Beine vertreten, und ran ans Frühstück. Nach einem ausgedehnten Pausenstopp ging die Fahrt weiter bis zum Steinhuder Meer. Hier legten wir erneut einen Halt ein, der zu einem Spaziergang am See, zu einer Kaffeepause oder zur Einkehr in eine der zahlreichen „Fisch-Bratereien“ genutzt werden konnte. Ausgeruht und gestärkt ging es dann weiter nach Bremen in das

zentral gelegene Hotel „Star Inn Columbus“.

GdP = Gut die Planung – so waren wir bereits während der Fahrt informiert, welche Möglichkeiten bestanden, den Abend zu genießen.

07. September:

Nach einem ausgiebigen Frühstück ging es am zweiten Tag in die nahe gelegene Brauerei Haake-Beck, die unter Beck's Brauerei bekannt sein dürfte. Früher gab es zwei Brauereien, Beck und Haake, die

nach dem Zusammenschluss nun unter Haake-Beck firmieren.
Zurück im Zentrum von Bremen schloss sich eine von zwei pensionierten Kolleginnen der Bremer Polizei geleitete Führung durch die Hansestadt an, die uns auch zum Wahrzeichen der Stadt führte – dem Roland. Der steinerne Riese (5,5 m hoch) ist die älteste Monumentalfigur in Deutschland und seit 2004 von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt. Das 1410 im gotischen Stil fertig gestellte Rathaus, in den Jahren von 1595 bis 1612 vom Bremer Steinmetz Lüder von Bentheim renoviert, beeindruckte durch eine prachtvolle Fassade. Schließlich durften bei der Führung auch die Bremer Stadtmusikanten nicht fehlen, ebenso wie die Böttcherstraße, die heimliche Hauptstraße Bremens, mit vielseitigen gastronomischen Betrieben, in denen man sich herrlich verwöhnen lassen kann.
Der gelungene Tag mit einem Mix aus Genuss, Handel, Kultur und Kunst schloss mit einer Weserfahrt ab, die u. a. an der Schlachte (der Weserpromenade,

Bummelmeile), der St. Martini Kirche, der Kogge, einem originalgetreuem Nachbau der mittelalterlichen Hansekogge) vorbei führte.

08. September:

Nach kurzer Fahrt erreichten wir unsere erste Station in Bremerhaven: den Fischereihafen, auch die Meile oder das Schaufenster genannt. Nach einer ausgiebigen Besichtigungstour stand als nächste Station die Havenwelten mit vielen Sehenswürdigkeiten wie beispielsweise dem Atlantic Hotel Sail City, einem Designhotel, von dem aus man einen unvergesslichen Panoramablick über die Seestadt bis hin zur Wesermündung in die Nordsee erleben kann, an.

Den Abschluss bildete die Möglichkeit zu einer Rundfahrt mit dem Hafenbus durch die Stadt sowie den Überseehäfen mit Container- und Autoterminal, bevor sich erneut ein geselliger Abend anschloss.

09. September:

... war Heimreise angesagt. Auch hier noch mal ein Highlight unterwegs – Stopp in Haltern mit der Möglichkeit, entweder den Prickings-Hof, ein Land-



wirtschaftsbetrieb mit Tierschau, Traktormuseum und XXL-Verpflegung, zu besuchen, oder im (größten?) idyllisch gelegenen Biergarten Nordrhein-Westfalens „Jupp unner de Böcke“ („Jupps

unter den Birken“) einzukehren.

Danach ging die Fahrt schnurstracks zurück zum Ausgangspunkt.

Dem Organisationsteam Marika Hertling und Jörg Thumann, ebenso wie unserem „Vossi“ im Namen aller Mitreisenden ein herzliches Dankeschön für dieses unvergessliche Reiseerlebnis!

Voller Vorfreude warten wir auf die nächste GdP-Fahrt der Kreisgruppe HPA!

H. Rüdiger

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE HLKA



Bereits am 26.11. des vergangenen Jahres fand die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe HLKA statt, für die unsere Behördenleitung freundlicherweise allen Mitgliedern der GdP Dienstbefreiung gewährte. Rund 70 Mitglieder waren der Einladung des Vorstandes gefolgt. Neben den obligatorischen Tagesordnungspunkten berichteten die Kollegen Ralf Humpf und Heinz Schiskowsky aus dem Landesbezirk und der Tarifkommission. Den Höhepunkt der Versammlung stellte die Ehrung zahlreicher Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft dar. Bereits vor der Versammlung wurde der **Kollege Franz Junginger für 60 Jahre Mitgliedschaft** in der GdP durch die Kollegen Horst Maas und Matthias Lange geehrt, bevor er die

Veranstaltung aus Termingründen leider wieder verlassen musste.

Es folgten die Ehrungen der Kollegen Winfried Dirszus (50 Jahre), Magdalena Herbst, Heinz Reimann und Hans Teßmer (40 Jahre) sowie der Kolleginnen Brigitte Hunold und Carmen Mies für 25 Jahre Mitgliedschaft in der GdP. Dank und Anerkennung sprach Horst Maas den leider nicht anwesenden Kolleginnen Gabi Zöller-Huse, Britta Deharde und Gisela Horacek (jeweils 25 Jahre) sowie den Kollegen Hans Puff, Armin Visosky (jeweils 40 Jahre) und Klaus Walter Müller (25 Jahre) für die langjährigen Mitgliedschaften in seiner Ansprache aus.

Nachdem der Vorsitzende bereits angekündigt hatte, sein Amt zur Verfügung zu

stellen und der Kollege Heinz Schiskowsky mit seiner Zugehörigkeit zum GLBV sein Amt als Kassenprüfer nicht mehr bekleiden durfte, waren ergänzende Wahlen nötig. Als neue zweite Kassenprüferin wählte die Versammlung die Kollegin Carmen Lanz, während das Amt des neuen Vorsitzenden der Kreisgruppe zukünftig durch den **Kollegen Matthias Lange** bekleidet wird. Letzterer dankte dem Vorgänger im Amt in einer kurzen Ansprache für fast 12 Jahre solide Basisarbeit, die Fundament zielgerichteter Gewerkschaftsarbeit ist und versprach diese fortzuführen.

Matthias Lange



Franz Junginger 60 Jahre in der GdP

RUND UM DAS KÖRPERGEWICHT UND ERNÄHRUNG

KALORIEN SIND KLEINE TIERCHEN, DIE NACHTS DIE KLEIDUNG ENGER NÄHEN

wenn das mal so einfach wäre...

Liebe Leserinnen und Leser, wir beziehen die Energie aus der Nahrung vorwiegend über die Brennstoffe Kohlenhydrate und Fett. Nahrungseiweiß, welches ebenfalls Energie liefert, dient in erster Linie als sogenannter Baustoff, also zum Wachstum und zur Erneuerung von Körpersubstanzen wie Muskeln, Haut, Blut, Haare, etc.

Aber auch Alkohol liefert Energie. Er gehört allerdings nicht zu den Nahrungs-, sondern zu den Genussmitteln.

Die Infobox zeigt, wie viel Energie der einzelne Nährstoff liefert. Der Vollständigkeit halber habe ich auch Alkohol hinzugefügt.

Infos

WAS LIEFERT WIEVIEL ENERGIE

- 1 Gramm Fett – 9,3 kcal
- 1 Gramm Kohlenhydrate – 4,1 kcal
- 1 Gramm Eiweiß – 4,1 kcal
- 1 Gramm Alkohol – 7,1 kcal

Was ist mit Vitaminen, Mineralstoffen, Spurenelementen, Ballaststoffen, Aroma- und Farbstoffen sowie Wasser? Sie liefern keinerlei Energie.

Der Gesamtenergiebedarf, den wir benötigen, setzt sich aus Grundumsatz und Leistungsumsatz zusammen.

Was verbirgt sich hinter dem Grundumsatz?

Unser Organismus benötigt für alle Stoffwechselfvorgänge Energie, auch während wir schlafen. Hier müssen u.a. die Körpertemperatur konstant gehalten und Organleistungen aufrechterhalten werden.

Der Grundumsatz wird auch Ruhe-Nüchtern-Umsatz oder Basal Metabolic Rate genannt. Er wird für 24 Stunden bestimmt und kann durch mehrere Faktoren beeinflusst werden, wie z.B.

Alter:

Mit zunehmendem Alter verlangsamen sich die Stoffwechselfvorgänge, insbesondere Puls und Atmung.

Geschlecht:

Bei Männern ist der Grundumsatz (bei gleichem Alter und gleicher Körper-

masse) etwa 6–9% höher als bei Frauen. Männer haben grundsätzlich mehr aktives Gewebe (Muskelmasse) als Frauen. Bei den Frauen ist der Anteil an passivem Gewebe (Fettgewebsanteil) höher. Muskelmasse hat einen hohen Einfluss auf den Grundumsatz, Fettgewebe einen untergeordneten.

Größe/Gewicht:

Je größer und schwerer ein Mensch ist, umso mehr Körperoberfläche (Gewebemasse) muss versorgt werden.

Hormone:

Hormone, wie z.B. Schilddrüsenhormone und Adrenalin verändern den Grundumsatz.

Individuelle Faktoren:

Stress erhöht den Grundumsatz, Depressionen senken ihn, Fieber kann den Grundumsatz erhöhen, Medikamente können ihn dagegen senken. Längeres Fasten lässt den Grundumsatz sehr stark sinken, der Energieverbrauch passt sich der Energiezufuhr an. Daher nehmen manche Menschen nach einer Diät schnell wieder zu. Schwangere und Sportler haben einen erhöhten Grundumsatz. Die klimatischen Bedingungen, beeinflussen den Grundumsatz ebenso. In tropischen Gebieten ist er niedriger als in arktischen.

Wie hoch ist denn nun der Grundumsatz bei jedem Einzelnen?

Bei der Berechnung legt man das Normalgewicht (auch Sollgewicht) zugrunde. Weicht das Istgewicht zu stark vom Normalgewicht ab, dann nimmt man den Mittelwert aus beiden Gewichten. Nun könnt ihr einfach selbst euren Grundumsatz berechnen.

Der Richtwert lautet: Grundumsatz/Tag = 24 kcal pro kg Körpergewicht

Beispiel: Eine Person wiegt 65 kg. Demnach beträgt ihr Grundumsatz 1560kcal. Dabei wurden bestimmte Faktoren wie Geschlecht, Alter, individuelle Faktoren nicht berücksichtigt. Es handelt sich hier lediglich um einen Richtwert.

Da man bei der Berechnung das Normalgewicht zugrunde legt, stellt sich auch die Frage:

Was ist denn das Normalgewicht?

Hier gibt es verschiedene Berechnungen, die sich im Ergebnis bei Menschen mit einer normalen Körpergröße

nur unwesentlich unterscheiden. Berechnet man dies früher mit der Körpergröße in cm minus 100, wird heute der BMI (Body-Mass-Index) zugrunde gelegt, da die Erfahrungen zeigten, dass bei der früheren Berechnungsweise kleine Personen zu häufig, große dagegen eher zu selten, als übergewichtig eingestuft wurden.

Wie berechne ich den BMI (Body-Mass-Index)?

Der Body-Mass-Index (BMI) – die Formel:

$$\frac{\text{Körpergewicht (in kg)}}{\text{Körpergröße (in m)} \times \text{Körpergröße (in m)}}$$

Beispiel: $\frac{60 \text{ kg}}{1,60 \text{ m} \times 1,60 \text{ m}} = 23,44 \text{ BMI}$

Ihr könnt auch im Internet nachschauen. Es gibt unzählige Seiten, auf denen ihr eure Körpergröße und euer Gewicht eingeben könnt und schon wird euer BMI berechnet. Auf manchen Seiten könnt ihr zusätzlich euer Geschlecht und euer Alter eingeben, dann wird euch auch gleich mitgeteilt, ob ihr normalgewichtig, unter- oder übergewichtig seid. Als Referenzwert gilt ein BMI von 19–25 im jungen bis mittleren Erwachsenenalter. Ab 35 Jahre wird die Obergrenze leicht verschoben.

Liegt der Wert unter 19 spricht man im Allgemeinen von Untergewicht. Werte über 30 kennzeichnen ein deutliches Übergewicht.

Nun lassen wir mal den BMI außen vor und gehen zurück zum Grundumsatz. Das Wort hat es schon in sich – um den Gesamtenergiebedarf zu berechnen, gibt es zusätzlich zum Grundumsatz den Leistungsumsatz. Die Summe aus Grundumsatz und Leistungsumsatz sagt uns, wie viele Kalorien wir am Tag (innerhalb von 24 Stunden) zu uns nehmen dürfen bzw. sollen.

Der Leistungsumsatz wird zunächst durch die Arbeitsleistung (Muskelaktivität) bestimmt. Konzentrierte geistige Tätigkeit steigert ebenfalls den Leistungsumsatz, der grundsätzlich auf verschiedene Arten berechnet werden kann. Damit es nicht zu kompliziert wird, zeige ich euch einen Weg, mit dem ihr sofort euren Gesamtenergiebedarf errechnen könnt.

Gesamtenergiebedarf = Grundumsatz x Physical Activity Level (auch PAL genannt)

Der PAL ist natürlich abhängig von der jeweiligen Tätigkeit am Tage. Da heute viele Menschen übergewichtig sind und man sich allgemein weniger bewegt als früher, sollte als Richtwert ein niedriger PAL-Wert von 1,4 angesetzt werden.

Bei sportlichen Betätigungen oder anstrengenden Freizeitaktivitäten können pro Tag 0,3 PAL-Einheiten zusätzlich hinzugerechnet werden.

Alle Ergebnisse sind demnach Schätzgrößen des Energiebedarfs.

Nehmen wir das o.a. Beispiel – der Gesamtenergiebedarf der Person beträgt demnach $1560\text{kcal} \times 1,4 = 2184\text{ kcal}$. Die Energiezufuhr muss dem tatsächlichen Gesamtenergiebedarf angepasst werden. Ist die Energiezufuhr höher als der Gesamtenergiebedarf, so kommt es zu Übergewicht und Folgeerkrankungen. Warum zeigen Studien immer wieder, dass die Anzahl der Übergewichtigen steigt?

Ganz einfach: Der Gesamtenergiebedarf verringert sich ab dem 25. Lebensjahr pro Lebensjahrzehnt um ca. 10%. In der Realität nehmen wir allerdings durchschnittlich pro Lebens-

jahrzehnt ca. 10% mehr Kalorien zu uns. Übergewicht ist die Folge.

Wie teilt man nun die Kohlenhydrate, die Fette und das Eiweiß auf diesen Gesamtenergiebedarf auf, so dass diese in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen? Diese Frage wird immer wieder diskutiert, besonders wenn es um Low Fat- oder Low Carb-Diäten geht.

Die folgenden Angaben sind Richtwerte:
 Eiweiß: ca. 10 – 35%
 Fett: ca. 20 – 30%
 Kohlenhydrate: ca. 45 – 65%

Um mühsame Umrechnungen zu vermeiden, gibt es auch hier eine stark vereinfachte Faustregel:

Infos

Ein gesunder Erwachsener benötigt bei leichter Tätigkeit pro Kilogramm Körpergewicht (Normalgewicht) ca.
 0,8 – 1g Eiweiß
 0,8 – 1g Fett
 5g Kohlenhydrate

Nehmen wir noch einmal das genannte-Beispiel:
 Eine gesunde Person mit 65 kg benötigt

demnach pro Tag bei leichter Tätigkeit ca. 52 – 65 g Eiweiß, ca. 52 – 65 g Fett und ca. 325 g Kohlenhydrate.

Ich hoffe, dass ich euch etwas angespornt habe, mal euren BMI zu berechnen, eure Gesamtenergiezufuhr zu bestimmen und vielleicht interessiert euch ja jetzt auch, wie viele g Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate euer Körper nach der Faustregel benötigt.

Wenn ihr noch mehr berechnen wollt, schaut einfach mal auf die Lebensmittelverpackungen. Auf 99% aller Verpackungen werden Angaben zu Eiweiß, Fett und Kohlenhydraten gemacht. Aber Vorsicht: **Oftmals werden Angaben zu einer Portion Müsli (30g), einer Scheibe Käse oder Wurst deutlicher auf den Verpackungen zu sehen sein, als die Angaben für 100g oder sogar des gesamten Inhalts.** In der nächsten Ausgabe möchte ich näher auf die Berechnung des Energie- und Grundnährstoffgehaltes von Lebensmitteln und Speisen eingehen. Weiterhin werde ich euch noch weitere Informationen über Kohlenhydrate, Ballaststoffe, Fette und Eiweiße, Vitamine, Mineralstoffe, sekundäre Pflanzenstoffe und Wasser in unserer Nahrung geben.

Martina Römer

3-Stunden Rennen plus Qualifying in Limburg – Eine der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands!

Anmeldung erforderlich! Nähere Informationen zum Rennen und das Anmeldeformular findet ihr auf der Homepage. Ausrichter sind die Landesjugendverbände der JUNGE GRUPPE (GdP) Bundeskriminalamt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Anfragen an den Rennkoordinator bitte unter: Kart@Hunter-Racing.de



DTM 2013*

05.05. Hockenheim (D)	04.08. Moskau Raceway (RUS)
19.05. Brands Hatch (GB)	18.08. Nürburgring (D)
02.06. Spielberg (A)	15.09. Oscherleben (D)
16.06. Lausitzring (D)	29.09. Zandvoort (NL)
14.07. Norisring (D)	20.10. Finale Hockenheim (D)

* Termine unter Vorbehalt

Live im Ersten

Gefällt mir facebook.com/DTM

TICKETS DTM.COM

ODER +49 180 5 723000*

* 14 C/MIN. AUS DEM DEUTSCHEN FERNNETZ, ANRUFNUMMERSCHUTZ 0,42 C/MIN.



EINER VON UNS-EHRUNG DURCH BUNDESPRÄSIDENT

DER JUNGPENSIONÄR WURDE FÜR SEINE EHRENAMTLICHEN TÄTIGKEITEN VON BUNDESPRÄSIDENT JOACHIM GAUCK GEEHRT

Als wir im letzten Jahr unseren langjährigen Personalratsvorsitzenden verabschiedet hatten, war vielen von uns klar, dass wir sicherlich noch einiges von ihm hören werden. Kritisch und immer mit einem Blick in seine Gewerkschaft wird er uns auch aus dem Ruhestand weiter beraten. Nebenbei sind die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Roland Kramer bekanntlich nicht weniger geworden. Kommunalpolitisch hat er die Bühne betreten und wirkt seit den letzten Kommunalwahlen im Gernsheimer Stadtparlament mit. Dort insbesondere im Haushalts- und Finanzausschuss seiner Partei (SPD).

Wie in jedem Jahr ehrte Bundespräsident Joachim Gauck viele Menschen aus dem Bundesgebiet für deren ehrenamtlichen Tätigkeiten. Am 10. Januar 2013 war es dann wieder so weit:

Einer von uns war dabei!

Roland Kramer befand sich unter den insgesamt 60 zu ehrenden Frauen und Männern, die ins Berliner Schloss Bellevue geladen waren. Mir klingen persönlich noch die Worte des Präsidenten der Bereitschaftspolizei anlässlich der Verabschiedung von Roland Kramer im Ohr:

„Roland Kramer hat als Vorsitzender des Personalrates mit dem gesamten Gremium einen stets verlässlichen Verhandlungspartner dargestellt. Die kritische aber stets gute Zusammenarbeit mit der Behördenleitung im Sinne der Beschäftigteninteressen hat gefruchtet“. Diese dienstliche Beschreibung seines Wirkens war auch immer Richtschnur im ehrenamtlichen Bereich.

Roland hat es genossen! Dem Bundespräsidenten überreichte er einen GdP-Polizeit Teddy in Anspielung auf den immer gefährlicher werdenden Polizeiberuf. Waren es eben doch immer diese GdP-Teddys, die während Rolands Besuchen als Personalratsvorsitzender an Krankenbetten verletzter oder erkrankter Kolleginnen und Kollegen als Maskottchen dienten.

Wir freuen uns gemeinsam mit ihm, dass er an dieser seltenen Ehrung teilhaben durfte und nebenbei mit unserem Staatsoberhaupt, der Bundeskanzlerin und einigen anderen Vertretern der Bundesregierung kurze Gespräche führen konnte. Dabei repräsentierte er auch unseren Berufsstand, die Personalvertretungen und natürlich seine GdP.



JM/Redaktion

INFORMATIONEN AUS KREIS- UND BEZIRKSGRUPPE

EHRUNG VON „MATZE“ BAUER IN DER KREISGRUPPE RHEINGAU

Am 30.11.2012 wurde unser langjähriges Mitglied Matthias Bauer, Dienstgruppenleiter der Polizeistation Rüdesheim, für seine Treue zur GdP geehrt. Im Rahmen des laufenden Dienstbetriebes fanden sich ein paar Minuten, um ihm die obligatorische Urkunde und die Nadel zu überreichen.

Wie es sich gehört, konnte dem „treuen Matze“ natürlich auch ein kleines Präsent überreicht werden.

Die Kreisgruppe Rheingau wünscht ihm auf diesem Wege nochmals alles Gute und eine weiterhin angenehme Zeit, vor allem aber Gesundheit und Zufriedenheit, auch in seinem familiären Umfeld. Auf die nächsten 25 Jahre!

Daniel Klimpke



KREISGRUPPE RHEINGAU BESUCHT WEIHNACHTSMARKT DER NATIONEN



Rüdesheim – Der Weihnachtsmarkt der Nationen ist Anziehungspunkt für viele Menschen aus der ganzen Welt, so auch einmal im Jahr für die GdP-Kreisgruppe Rheingau.

Bei einem leckeren Glühwein, einer Bratwurst und vielleicht noch einem Crepes trifft man sich zum geselligen Jahresausklang.

In vergangenen Dezember spielte das Wetter auch wieder mit und es schneite sogar ein bisschen, so dass richtig weihnachtliche Stimmung aufkam.

Der Vorstand wünschte allen Teilnehmern einen guten Start und viel Erfolg im neuen Jahr unter all den schwierigen Umständen.

Daniel Klimpke

Schichtdienstplan des
Polizeipräsidiums Westhessen

Meine Dienste 2013

Für GdP-Mitglieder

Bei euren Kreisgruppen oder
der Bezirksgruppe erhältlich

GEWERKSCHAFT
DER POLIZEI
Bezirksgruppe Westhessen

Die neue GdP-App
Infos, Downloads, Schichtplan

EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Kreisgruppe Bad Homburg

18. April 2013, 16.00 Uhr
61381 Friedrichsdorf, Petterweiler Holzweg 2, Feuerwehrhaus Frd.-Mitte
(Hinweis: Bitte die Parkplätze der Einsatzkräfte freihalten. Ausreichend Parkmöglichkeiten stehen auf dem benachbarten Parkplatz des Sportplatzgeländes zur Verfügung)

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Ehrungen
3. Berichte des Vorstandes
4. Aussprache zu den Berichten
5. Entlastung des Vorstandes
6. Wahl eines Wahlleiters
7. Neuwahl des Vorstandes der /des Vorsitzenden der/ des stellv. Vorsitzenden der Kassiererin / des Kassierers der Schriftführerin / des Schriftführers der Beisitzerin „Frauen“

der Beisitzerin/
des Beisitzers
„Tarif“

der Beisitzer aus:
PSt. Bad Homburg,
Pst. Oberursel,
Pst. Königstein, RKI,

Junge Gruppe, Ordnungspolizei, Pensionäre

8. Wahl der Kassenprüfer
9. Verschiedenes



Alle Mitglieder der Kreisgruppe Bad Homburg sind herzlich eingeladen.

Im Anschluss an den offiziellen Teil der Jahreshauptversammlung laden wir zum gemütlichen Teil ein, für das leibliche Wohl wird gesorgt.

Der Vorstand

NEUJAHRSEMPFANG IN DER KREISGRUPPE PTLV



... ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil des GdP Kalenders der PTLV Kreisgruppenmitglieder geworden und die steigende Anzahl an Teilnehmern bestätigt den Vorstand Jahr für Jahr, dass es eine gute Idee war, vor nun vier Jahren ein „ungezwungenes Treffen“ zum Jahresanfang ins Leben zu rufen.

So fanden sich in diesem Jahr am 31.01.2013 rund 40 Mitglieder im großen Besprechungsraum des Call Centers ein, um bei einem Glas Sekt oder O-Saft auf das bereits gestartete Jahr anzustoßen.

Doch nicht nur das neue Jahr gab Grund anzustoßen. So konnten doch einige der zu ehrenden Mitglieder in würdigem Rahmen Ihre Urkunde und Nadel, sowie einen Gutschein für OSG Werbemittel von Bernd Petri (KG-Vorsitzender) und Ralf Humpf (BZG-Vorsitzender) entgegen nehmen.

Nach den Ehrungen der anwesenden Jubilare und einer kurzen Ansprache durch Bernd Petri, der auch einen Ausblick auf das bevorstehende Jahr gab, wurde das kleine Fingerfood-Bufferet zum Entern freigegeben.

Ehrungen

- **25 Jahre GdP-Mitglied**
Gabriele Lehmann
Klaus Berlig
Bernhard Schmidt
- **40 Jahre GdP-Mitglied**
Volker Siebenhaar
Franz Fischer
Werner Kowalski
Dina Nitsch
- **50 Jahre GdP-Mitglied**
Heinz-Dieter Diederich
Siegfried Disser
Manfred Petry
Werner Schauss
- **60 Jahre GdP-Mitglied**
Rolf Datow



Mit fröhlichen Gesprächen klang der Nachmittag aus und wir freuen uns bereits auf 2014.

Katrin Kuhl

ERSTER PROFI-FUSSBALLVEREIN VERBIETET BELEIDIGENDE PLAKATIERUNG

Vor dem ersten Heimspiel in der Bundesliga-Rückserie hat Fußball-Erstligist Hannover 96 den Schriftzug „A.C.A.B.“ in die Verbotliste seiner Stadionordnung aufgenommen. Der Verein untersagt damit als erster niedersächsischer Profi-Klub ausdrücklich Transparente oder Banner mit der beleidigenden Formulierung sowie das Tragen von Kleidung mit entsprechendem Aufdruck. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen dem GdP-Landesbezirk Niedersachsen und dem Klub, in denen der Landesvorsitzende Dietmar Schilff sowie 96-Präsident Martin Kind und Manager Jörg Schmadtke diese Übereinkunft getroffen hatten.

„Wir werden in unsere Stadionordnung das Verbot der Buchstabenkombination A.C.A.B. aufnehmen“, sagte Präsident Martin Kind.

Wir werden das Thema im Landesvorstand aufgreifen und euch weiter berichten, damit das auch aus den hessischen Stadien verschwindet.

Peter Wittig



NEUER WASSERWERFER IN DEN DIENST GESTELLT

INNENMINISTER ZU BESUCH BEI DER III. BPA IN MÜHLHEIM



Am 17. Dezember 2012 stellte der Minister den neuen Wasserwerfer den Vertretern der Presse und den Medien offiziell vor.

Der Leiter der Technischen Einheit, Rainer Witzel, und der Leiter der WaWe-Einheit, Peter Krauter, informierten über die technischen Daten und Fakten und erläuterten die einatztaktische Verwendung. Eine praktische Vorführung der Einsatzmöglichkeiten schloss sich an, und IM Rhein ließ sich im Cockpit des neuen Wasserwerfers bei einer Probefahrt in der Unterkunft weitere technische Details von der fünfköpfigen Besatzung erklären.

Gesprächsrunde mit IM Rhein

Die Abteilungsleitung lud dann den Innenminister zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Beschäftigten ein. Bo-

ris Rhein lobte in seinem Grußwort die professionelle Arbeit der Beschäftigten der Bereitschaftspolizei und das hohe Einsatzengagement der Einsatzeinheiten. Er wisse, dass auch die Bereitschaftspolizisten bei ihren Einsätzen im Fokus der Gewalt stehen und Beschimpfungen und körperlichen Angriffen ausgesetzt seien. Der Leiter der III.BPA beschrieb die Probleme bei der Bauunterhaltung der III. BPA. Hier insbesondere die anstehende Kernsanierung des Gebäudes 3 mit Umbau für eine neue Waffenkammer und Sanierung für entsprechende Sicherheitsstandards der bestehenden Waffenkammer.

In diesem Zusammenhang wurde die mangelhafte Zusammenarbeit von HI und HBM beklagt.

Abschließend sicherte Innenminister Boris Rhein zu, die vorgetragenen Anliegen

ernst zu nehmen und sich um Lösungen zu bemühen. ■

Detlef Otto

DER WAVE 10000

- Gewicht: 31 Tonnen
- Leistung: 400 PS
- V-Max: 100 km/h
- Länge: 10 Meter
- Breite: 2,55 Meter
- Speicher: 10.000 Liter
- Reichweite: 65 Meter
- Eine Zielkamera
- 2 zus. Frontkameras
- 5 Besatzungsmitglieder
- Bruchfestes Glas
- Klimaanlage
- Kosten: 900.000 Euro

Infos

JÜRGEN KNAPP IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Am 13.12.2012 verabschiedete sich EPHK Jürgen Knapp im Kreise seiner Kollegen im Rahmen einer gelungenen Feierstunde in der Werkstatt der Mudra in den wohlverdienten Ruhestand. Jürgen Knapp trat im April 1976 in den Polizeidienst und versah als Einsatzbeamter und Gruppenführer in einer Einsatzhundertschaft seinen Dienst in der I.BPA. Nach dem FHS-Studium im Jahr 1990 wurde er Zugführer in einer EE der I.BPA, später Zugführer im Aufklärungszug. Anschließend übernahm er die Leitung des Sachgebiets Waffen und Gerät. Auch

fungierte er als Schießstandsachverständiger für die I.BPA.

Als passionierter Jäger konnte er durch seine dienstlichen Tätigkeiten auch die Verbindung zwischen Beruf und Hobby herstellen.

Die GdP-Kreisgruppe Mudra profitierte von vielen Anregungen, die er als Vorstandsmitglied einbrachte. Auch für den Personalrat stand er stets als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung, alle Kolleg/innen schätzten insbesondere seine Hilfsbereitschaft. Die GdP-Kreisgruppe Mudra bedankt sich auf

diesem Wege noch einmal für die immer gute und kollegiale Zusammenarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute, Glück und Freude im „Unruhestand“. ■

Tino Müller





DAS PTLV BLEIBT DER POLIZEI ERHALTEN

INNENMINISTER ÜBERBRINGT DIE INFO ZUR PERSONALVERSAMMLUNG

Das lange Ziehen und Zerren an den Nerven hat endlich ein Ende. Nach einem niederschmetternden Bericht des Hessischen Rechnungshofes im Jahre 2011 und reichlich Medienaufbruch sowie einer intensiven Organisationsuntersuchung, konnten die Mitarbeiter des PTLV nach Ihrer Personalversammlung am Dienstag, den 18.12.2012 endlich aufatmen.

Von Innenminister Rhein persönlich kam die frohe Kunde, dass das Amt bestehen bleibt.

„Wenn es das PTLV nicht gäbe, müsste man es erfinden“

diese Aussage tat nach der schweren Zeit gut.

Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Ausgangspunkt des Ganzen war ein Bericht des Hessischen Rechnungshofes (HRH) Mitte des Jahres 2011. Ein Bericht, der teils berechnete, teils aber auch völlig überzogene Kritik beinhaltete. Überraschend für alle war jedoch die polemische Darstellung in den Medien und die vernichtende Meinung der Opposition.

Man las auch, dass die Mitarbeiter des PTLV in einer Wiesbadener Villa residieren würden. Diese „Villa“ konnte allerdings – trotz intensiver Suche – bis heute nicht gefunden werden.

Wahlkampf hin – Wahlkampf her, unsere Politiker dürfen nicht vergessen, dass hier Menschen arbeiten, auf deren Rücken dieser Wahlkampf ausgetragen wird! Und manch einer mag sich der Tragweite seiner Äußerungen nicht ganz klar sein, denn sie müssen keine Diskussionen im Verwandten-, Freundes- und Kollegenkreis führen und sich Seitenhiebe gefallen lassen.

„Wann werdet ihr eigentlich aufgelöst?“ „Weißt Du schon, wo Du hin kommst?“

Bei Besprechungen und Schulungen nuscelte man bei der Vorstellungsrunde schnell „PTLV“ vor sich hin, bevor man eine Mischung zwischen Mitleid und Häme abbekam.

Die Unsicherheit war extrem groß – denn man fing an, seine kompletten Arbeitsabläufe als „nicht prüfungssicher“ anzusehen. Die dadurch entstehenden Verzögerungen riefen Kritiker auf den Plan, dass die Vorgänge in der Behörde viel zu lange dauern wür-

den. In dieser Zeit hätte für das PTLV das Leitmotiv „Wie man es macht, macht man es verkehrt“ sicher gut gepasst.

Und so kam nun das PTLV zu zwei Untersuchungen. Zunächst wurden ausschließlich Vergabevorgänge von einer Kanzlei geprüft, anschließend begann dann die ergebnisoffene Organisationsuntersuchung durch eine Managementberatung.

Diese begann Mitte 2012, und zur Überraschung der Prüfer waren alle Mitarbeiter äußerst offen und arbeiteten gut mit. Hier muss auch mal erwähnt werden, dass ALLE Mitarbeiter neben ihren alltäglichen Arbeiten den Prüfern schnellstmöglich Rede und Antwort standen.

Das Ergebnis der Untersuchung, welches dann doch noch bis Dezember 2012 auf sich warten lies, beinhaltete ohne Umschweife das Erhalten des PTLV. Dazu gab es 79 Handlungsempfehlungen, deren Umsetzungen derzeit geprüft werden.

Die Inhalte wurden den Kolleginnen und Kollegen von IM Rhein, LPP Münch und der Managementberatungsfirma auf der Personalversammlung vorgestellt.

Nun sollte eigentlich Ruhe einkehren.

Die durchaus positive Meldung fand bei der Opposition aber keine entsprechende Plattform. So wurde bereits kurz nach der Presseinformation erneut die Auflösung des Amtes thematisiert und die Organisationsuntersuchung als „vollkommen unzureichend“ dargestellt.

Da kam das Flugblatt der GdP zum Erhalt des PTLV genau richtig, um einem den Rücken zu stärken und das Gefühl zu haben, dass dem positiven Ergebnis Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Katrin Kuhl

Gemeinsam sind wir stark –

 darum GdP!

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN IM MTK UND KASSEL

KREISGRUPPE MAIN-TAUNUS

Am 13. Dezember 2012 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe in Hofheim statt. Zum wiederholten Mal war das Kellereigebäude in Hofheim unser Tagungsort.

Wie jedes Jahr nahmen Stationsleiter, Kolleginnen und Kollegen der Führungsgruppe sowie der PD-Leiter Jürgen Moog, natürlich alles Mitglieder in der GdP, an der Jahreshauptversammlung teil. In seiner Begrüßung ging der Kreisgruppenvorsitzende Jürgen Aschenbrenner auch auf unsere Jubilare ein, die später für die 25- und 50 jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt werden sollten.

Herzlich willkommen hieß er auch den stellvertretenden GdP Landesvorsitzenden und Personalratsvorsitzenden Lothar Hölzgen sowie den Bezirksgruppenvorsitzenden und stellv. Landeskassierer Peter Wittig.

Vor seinem Rechenschaftsbericht bat Jürgen die Anwesenden sich von den Sitzen zu erheben und den verstorbenen Kollegen Kurt Arnold, Werner Blyschz und Hellmut Lohse zu gedenken.

Kurt und Werner waren Kreisgruppenvorsitzende der damaligen Kreisgruppe Frankfurt Main-West/MTK, Hellmut Lohse, der ein langjähriges GdP Mitglied war, leitete die Geschehnisse der PD MT von 2004 bis 2008.

In seinem Rechenschaftsbericht ging Jürgen auf das Thema Personal ein. Zwar hat die PD MT von einem Personalzuwachs

für die Pst Eschborn profitiert und wird vermutlich im Februar 2013 weiteres zusätzliches Personal aus dem Programm „300 in 3 Jahren“ für die Pst Hofheim bekommen, allerdings ist trotz dieser Zuwächse immer noch ein Personaldefizit im Vergleich zu dem Jahr 2002 festzustellen. Die kleinen Dienststellen, Kelkheim und Flörsheim, sind personell sehr dünn ausgestattet.

Jürgen berichtete weiter über die Urteile zur Altersdiskriminierung (Urlaub/Besoldung) und die von der GdP in diesem Zusammenhang verfassten Infos und Handlungshilfen, über das Einfrieren der Beihilfe, das als großer Erfolg der GdP zu verzeichnen ist. Hätte die GdP mit den verschiedensten Veranstaltungen und durch persönliche Gespräche nicht für gehörigen Wirbel gesorgt, hätte die Politik ihre Vorstellungen von der Beihilfeverordnung zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen.

Das hervorragende Ergebnis der GdP Kreisgruppe bei der Personalratswahl 2012 wurde im Bericht des Vorsitzenden ebenfalls ausführlich dargestellt.

Der Kassenbericht des Kassierers Thomas Hasler und der damit verbundene Bericht des Kassenprüfers Uwe Thöne ließen keine Zweifel an einer ordnungsgemäßen, sparsamen Kassenführung aufkommen,

dementsprechend wurde der Kassierer entlastet.

Lothar Hölzgen und Peter Wittig berichteten im Anschluss unter anderen über DUZ/Personal/Beförderungen, die in einem regen Austausch mit den Teilnehmern mündete.

Aus der Hand des Kreisgruppenvorsitzenden J. Aschenbrenner und dem stell-



vertretenden Landesvorsitzenden Lothar Hölzgen erhielt unser langjähriges Mitglied Reinhold Fischer für seine 50-jährige Mitgliedschaft eine Urkunde, die Ehrennadel und ein Präsent überreicht. Kollegin Nicole Morgenstern und der Kollege Michael Mayer, die für ihre 25-jährige Mitgliedschaft geehrt werden sollten, konnten leider nicht teilnehmen. Die Ehrungen werden später auf den Dienststellen erfolgen.

Mit einem Dank an den Kreisgruppenvorstand für die geleistete Arbeit schloss die Versammlung. ■

J. Aschenbrenner

KREISGRUPPE BEPO KASSEL

Die Versammlung der Kreisgruppe Bepo Kassel wählte am 25. Oktober einen neuen Vorstand. Im Beisein des BZG-Vorsitzenden Detlef Otto wurden der Vorsitzende Marco Freisenhausen und seine Stellvertreter Joachim Vollmer und Uwe Bartel wiedergewählt.

Auch der langjährige Kassierer Winfried Koch steht noch einmal zur Verfügung. Im neuen Vorstand werden wieder alle Bereiche der IV. BPA repräsentiert.

Neben dem Bericht des Kassierers, der eine ordentliche Kassenlage vorweisen konnte, sprach Marco Freisenhausen einige Probleme der zurückliegenden Amtszeit an. Keines dieser Probleme ist durch Politik oder Behördenleitung tatsächlich beseitigt und bleibt somit im Aufgabenkatalog der Kreisgruppe.

Neben den noch spürbaren Auswirkungen der letzten Beporeform und deren aktuellen Weiterentwicklung, ist und war die jahrelange Abkopplung der Bereitschaftspolizei von landesweiten Stellenhebungen herauszuheben. Die Bereitschaftspolizei wurde hier geradezu abgestraft. Mittlerweile hat die Bepo in allen Besoldungsgruppen einen riesigen Rückstand zum Einzeldienst eingefahren. Nach Protesten der GdP-Bezirksgruppe gipfelte eine Begründung des LPP in der Aussage, dass die Behördenleitung der Bepo eine Stellenhebung nicht beantragt habe. Solche Aussagen sind einfach nur beschämend. Innerhalb der GdP und des Hauptpersonalrates ist solidarisches Handeln gefordert. In der Versammlung wurde auch die Hoffnung geäußert, dass eine neue Be-



v.l. J.Vollmer, M.Freisenhausen, H. Gottmann, G.Jäger und BZG Vors. Detlef Otto

hördenleitung in der Bereitschaftspolizei wieder Wert darauf legt, die IV. BPA als gleichwertigen und gleichberechtigten Standort zu sehen.

Für treue 40-jährige Mitgliedschaft wurden Günter Jäger und Hartmut Gottmann mit einem Geschenk geehrt. ■

Uwe Barthel

KREISGRUPPE HPA WÄHLT NEUEN VORSTAND



Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe HPA fand am 30. Januar 2013 wie gewohnt in der Kantine der HPA statt.

Nach der Begrüßung berichtete der Kreisgruppenvorsitzende Jörg Ehlig über die Ereignisse und Aktionen des vergangenen Jahres. Besonders zu erwähnen ist, dass es die HPA geschafft hat, mit umfangreichen Werbeaktionen die Teilnahme der Studierenden an der Personalratswahl um ca. 20% zu steigern.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Neuwahl des gesamten Vorstandes durchgeführt. Als Wahlleiter wurde der anwesende Vertreter des Bezirksvorstandes Ralf Humpf einstimmig gewählt.

In den Vorstand gewählt wurden:
 Jörg Ehlig zum 1. Vorsitzenden
 Jörg Thumann zum stellv. Vorsitzenden
 Marika Hertling zur Kassiererin
 Iris Schiffer zur stellv. Kassiererin
 Thomas Rossel zum Schriftführer
 Erwin Loos zum stellv. Schriftführer
 Bernd Ricker zum Beisitzer Pensionäre
 Jürgen Metternich zum Beisitzer Kripo
 Carsten Burgdorf zum Beisitzer VFH
 Jürgen Gärtner zum Beisitzer Technik
 Inge Kruszynski zur Beisitzerin Verwaltungsbeamte

Beate Thomas zur Beisitzerin Tarifbereich
 Gerd Krzepek zum Beisitzer für die Gewerkschaftsvertretung im Personalrat
 Corina Gombel als Beisitzerin für Frauen- und Genderbeauftragte
 Jochen Würges und Heidi Rüdiger zu Kassenprüfern.

Die Ehrungen der anwesenden Jubilare nahm der Kreisgruppenvorsitzende Jörg Ehlig gemeinsam mit dem Vertreter des Landesvorstandes Peter Wittig vor.

Auf 25 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft konnten zurückblicken: Karsten Fechner, Martin Rehm, Guido Seith, Ralf Singer und Sigrid Nemeth. 40 Jahre in der GdP sind Michael Lenz, Berthard Stingl, Werner Piper. Anschließend berichtete Peter Wittig u. a. über die in diesem Jahr beginnenden Tarifverhandlungen und über das geplante zweite Dienstrechtsmodernisierungsge-

■ KG HPA

- 1 Jörg Ehlig bei seinem Tätigkeitsbericht
- 2 Ehrung von Sigrid Nemeth für 25 Jahre GdP
- 3 Diskussionen zur Tarifverhandlung
- 4 Besondere Ehrung von Herbert Mücke 93 Jahre jung, Gründungsmitglied der GdP und 65 Jahre Mitglied – außerordentlichen Dank dafür

Fotos



Globale Märkte,
internationale Sprache!

Maßgeschneiderter Firmenservice, zielgerichtete Sprachprogramme und Seminare

- Einzel-, Gruppen- und Inhouse-Training
- 2-tägige Business English Workshops
- Seminare für jeden Bedarf
- Innovatives E-Learning mit CyberTeachers
- Individuelle Trainingsinhalte
- Kostenlose Bedarfsanalyse und Einstufung der Sprachkenntnisse

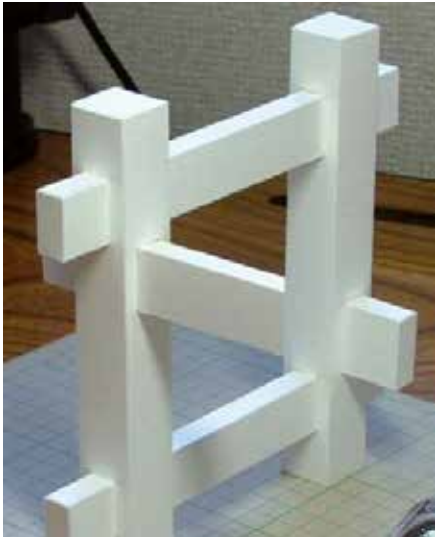
Ihr Kontakt:
 Berlitz Wiesbaden
 Moritzstraße 6
 Tel. 0611 37 10 61

Berlitz
 www.berlitz.de

TÄUSCHUNGEN IN DER GESELLSCHAFT

SICH TÄUSCHEN, GETÄUSCHT WERDEN ODER ANDERE TÄUSCHEN SCHEINT ALLGEGENWÄRTIG

Objektive Sachverhalte können durch begrenzte Sinnesleistungen oft nur subjektiv (nicht immer der Wirklichkeit entsprechend) wahrgenommen werden. Optische



Täuschungen führen uns in die Irre. Auch Wunschdenken, Erwartungshaltungen und Vorurteile vermitteln meist unvollständige Sachverhalte. Gewinnerwartungen bleiben i.d.R. ewige Illusion. Nur von Zauberern erwarten wir „hinters Licht geführt“ zu werden. Obwohl Denkfallen allgemein bekannt sind, bleibt es Wenigen erspart, „Opfer“ zu werden. Vergleichbar leicht fällt es, Dinge „schön zu färben“. Dabei sind Fälschen und Betrügen strafrechtliche Sachverhalte. Daneben können Lügen und arglistiges Täuschen auch privatrechtliche Folgen haben.

Es sind Bedürfnisse, die besonders empfänglich machen für Versprechungen, Hoffnungen, Verlockungen und Verführungen. Wir müssen essen und trinken, brauchen Schlaf und Gesundheit, aber auch Kontakte, Erfolg, Anerkennung und Belohnung.

So wie Märchen

Sund die Geschichten vom Klapperstorch, Osterhasen und Weihnachtsmann kaum ein Gewissen belasten, regen uns kleine Schwindeleien kaum noch auf. Was bei Schülern „spicken“ heißt, können Doktoranten und Künstler auch. Verschweigen und verschleiern, beschönigen und flunkern, manipulieren und schummeln, vortäuschen und schwindeln, mogeln und tricksen, bluffen und heucheln,

vorgaukeln und anschmieren sind nur einige Attribute von Verhaltensweisen, die schaden können und oft zu heilsamen Erkenntnissen verhelfen.

Polizisten

Pwerden beruflich oft mit Täuschern und Enttäuschten konfrontiert, dürfen sich aber selbst nichts Vergleichbares leisten.

Zur Sachlichkeit verpflichtet, müssen sie verkraften, von Hilfebedürftigen herbeigeseht und von Übeltätern weit weg gewünscht zu werden. Trotz unvergleichlich schwieriger Berufsbedingungen rangieren sie in der Berufsprestige-Skala im oberen Bereich. 8 Punkte dahinter rangieren Journalisten. Politiker und Banker sind bis ans Ende der Skala abgesunken.

Die Abstufung ist offensichtlich eine Folge verlorener Glaubwürdigkeit. Wo vorwiegend eigennützig entschieden und gehandelt wird, leidet Sachlichkeit und schwindet Vertrauen in die Zuverlässigkeit. Zeitungssterben ist nicht allein Folge aktueller digitaler Angebote, es ist wohl auch dem einseitigen und fehlerhaften Publizieren zuzurechnen.

Gesinnungsgefärbte veröffentlichte Meinung hat dem Ansehen der Politiker schwer geschadet. Das Vertrauen in Politiker ist auf 6% gesunken. 80% halten Politiker für inkompetent, machtbessenen, unehrlich und von Lobbyisten beeinflusst. Doch Wahlverweigerung nutzt nur denen, die man sowieso nicht gewählt hätte. Solange sich Politiker weigern, die 2003 unterzeichnete UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren, bleiben sie verdächtig, bestechlich zu sein. Ihr sinkendes Image stützt sich auch auf das Versäumnis, schamloses Bereichern und unverantwortbare Verarmung zuzulassen. Als besonders ungerecht empfinden es regresspflichtige Arbeitnehmer, dass Spitzenvertreter in Politik und Wirtschaft für schuldhaftes Fehlverhalten nicht gleichermaßen haften müssen.

Was Politiker versprechen, können sie oft nicht halten. Versprechen entpuppen sich als Versprecher. Geschönte Tatsachen sind getarnte Wahrheiten, also Lügen. Hoffnungsvolle Aussichten werden aber gerne geglaubt.

Der große Unterschied zwischen werbenden Wahlaktivitäten und parteipolitischen Taktieren nach der Wahl ist eine der Hauptursachen für Wahlverzicht enttäuschter Bürger. Wie sehr sich Regelgeber über Entscheidungsergebnisse täuschen, belegen die auf über zwei Milliarden gestiegenen Staatsschulden. Zinslast und noch nicht absehbare Schuldentilgung bereiten vielen Bürgern Sorgen. Wähler, die nach Jahrzehnten harter Arbeit noch nicht mal Armut verhindernde Alterssicherung erhalten, müssen es als schreiendes Unrecht empfinden, wenn sich Politiker, Vorstände und Banker schon für wenige Funktionsjahre hohe Abfindungen und Bezüge genehmigen.

Demonstrationen und Streiks sind untrügliche Reaktionen enttäuschter Wähler. Häufung und Verschärfung der Ärgernisse für Betroffene kann ihre Ungeduld auch eskalieren lassen. Mit den Auswirkungen wiederum würde die Polizei belastet werden.

Entscheidungen, die ohne notwendige Kenntnis der rechtlichen, finanziellen und personellen Wirkungen getroffen werden, irritieren. Sie sorgen für Aufregung, Überprüfung, möglicher Änderung und nach Erkenntnisgewinn ggf. für Aufhebung.

So war das wohl auch bei der Absicht, die hessische Wasserschutzpolizeistation in Wiesbaden zu schließen und das Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung in Wiesbaden aufzulösen. Daraus entstehende Schwierigkeiten und Schäden blieben ausgeblendet. Fachliche Aufklärung, Untersuchungsergebnisse und Einsicht lassen nun beide bestehen.

Rasche Entscheidungen führen nicht immer zu haltbaren Ergebnissen. Nachdenkliches Zögern ist ein gewinnbringender Reflex. Erkenntnisreich hierzu ist Rolf Dobell's Bestseller „Die Kunst des klaren Denkens“, das 52 Denkfehler beschreibt. Und wer das Buch „Schnelles Denken, langsames Denken“ von Nobelpreisträger Daniel Kahneman liest, (ISBN 978-3-88680-886) wird danach wahrscheinlich sorgfältiger überlegen, vorausschauend entscheiden und sich seltener täuschen.

Gerhard Kastl

NACHDENKLICHES, KURIOSSES UND REALITÄTEN

AUSREDEN VOR GERICHT UND IHRE FOLGEN

Warum hat der Teufel seine Großmutter erschlagen?

Weil sie keine Ausrede hatte.

Ein alter Spruch - aber vor Gericht erinnerte sich offenbar so mancher an ihn, wie einige Beispiele aus dem vergangenen Jahr deutlich machen.



Höchstens ein Foulspiel

Da der Bad Homburger Handwerksmeister der jungen Praktikantin keine Bescheinigung für ihre dortige Tätigkeit ausgestellt hatte, kam es zum Streit zwischen dem Vater der jungen Frau und deren kurzzeitigem Arbeitgeber. Hierbei, so die Anzeige, habe der Vater den Meister mit beiden Händen am Hals gepackt und gewürgt. Der Angezeigte bestritt dies. Er sei es als langjähriger Handballer gewöhnt, den Gegner mit beiden Händen zurückzustoßen, wenn der auf ihn zukomme, begründete er das Zupacken am Hals. Für das „Foulspiel“ musste der Vater 1500 Euro zahlen.

Schläge wegen der schlechten Nachricht

Auf dem Parkplatz eines Lebensmittelmarktes in Oberursel zertrümmerte ein 74 Jahre alter Mann ohne besonderen Anlass mit seiner Gehhilfe (Stock) die Heckscheibe vom Pkw eines anderen Kunden. Der 74-Jährige hatte sofort sein Fehlverhalten eingesehen und als Wiedergutmachung 200 Euro angeboten. Doch die Reparatur kostet 980 Euro. Bei Gericht nannte der Senior die Gründe für seinen Ausraster. Er habe erst wenige Minuten zuvor erfahren, dass sich seine Lebensgefährtin einer Hüftoperation unterziehen müsse. Darüber habe er sich furchtbar geärgert. Danach konnte sich der Kinderschutzbund über die Zahlung von 1500 Euro freuen, die der Mann wegen seines Missbrauchs der Gehhilfe überweisen musste.

Aus Angst den Einbruch begangen

Bei dem Wohnhauseinbruch in Gonsenheim hatten die Täter großen Schaden angerichtet. Mittels DNA konnte später ein Einbrecher überführt werden. Bei Gericht gab er seine Mittäterschaft zu. Er habe doch gar keinen Einbruch bege-

hen wollen, sagte der aus Frankfurt zum Tatort angereiste Mann. Seinen Angaben zu Folge hatte er sogar die Absicht, die Polizei anzurufen. Aber der andere Mann, den er nur mit Vornamen kenne, habe ihn gezwungen, mitzumachen. Vom Richter erhielt der vorbestrafte „Einbrecher wider Willen“ 14 Monate Haft auf Bewährung.

Die fremde Stimme hatte es befohlen

Drei Mal war der 25-jährige Angeklagte wegen Fahrens ohne Führerschein erwischt worden. Die verbotenen Fahrten versuchte er in der Verhandlung zu erklären. Einmal sei er gefahren, weil seine Freundin, die Pkw-Halterin, zuvor zu viel Betäubungsmittel konsumiert habe und danach nicht mehr habe fahren können. Vor den beiden anderen Fahrten habe ihn eine fremde Stimme zum Fahren aufgefordert. Dem fügte er hinzu: „Ich ärgere mich hinterher jedes mal, dass ich darauf höre“. Weil der Mann noch mehr auf dem Kerbholz hatte, gab es eine Haftstrafe mit Bewährung.

Der Totenkopf sollte helfen

Den stark lädierten Kleinbus mit Dresdener Kennzeichen musste der Halter wegen Motorschadens am Stadtrand von Oberursel zurücklassen. Als die Polizei den Wagen überprüfte, sahen die Beamten bei näherem Hinsehen, dass die amtliche Zulassung des Kennzeichens durch einen Stempel mit Totenkopf vorgetäuscht war. Vor Gericht behauptete der Kennzeichenfälscher, der Totenkopf sei nur vorsorglich angebracht worden, damit kein Fremder das Fahrzeug zum Verschrotten mitnimmt. Die Geldstrafe von 800 Euro wegen Kennzeichenmissbrauchs hat der Mann sofort akzeptiert.

Der Freund saß zu lange auf dem stillen Örtchen

Mit 1,63 Promille wurde die 19-Jährige Bad Homburgerin gegen 4.30 Uhr am Steuer ihres mütterlichen Pkw's angehtroffen. Die Begründung für ihre erhebliche Trunkenheit, die sie später in der Gerichtsverhandlung anführte, war nicht alltäglich. Sie habe sich betrunken, weil ihr Freund so lange auf der Toilette gesessen habe, ließ sie die Jugendrichterin wissen. „Sie waren sturz betrunken“, sagte die Richterin und verhängte 40 Arbeitsstunden. Natürlich war danach auch der „Lappen“ für viele Monate weg.

Er wollte nichts vererben

Seine frühere Mitschülerin sei vor 35 Jahren als 14-Jährige schwanger geworden, aber er sei nicht der Vater, teilte der Oberurseler (49) in mehreren Schreiben und Telefonanrufen anderen Personen mit. Doch weder war die genannte Mitschülerin damals schwanger, noch wurde er von ihr als Kindesvater genannt. Die seltsame Erklärung des wegen Verleumdung angeklagten Mannes: „Ich will nicht, dass eine unberechtigte Person (das angebliche Kind der Mitschülerin) mich beerbt“. Für den vorbestraften und vermögenslosen Mann gab es eine Bewährungsstrafe und 100 Arbeitsstunden.

Im Kofferraum vergriffen

Nach einem nächtlichen Streit mit einem anderen Fahrzeugführer holte der 37-jährige Opelfahrer plötzlich einen Schirm aus dem Kofferraum und schlug grundlos auf den anderen ein. Vor Gericht bestritt der „Opelner“ eine Verletzungsabsicht. Er habe das Warndreieck aus dem Kofferraum holen wollen, um sein Fahrzeug abzusichern. Da habe er ungewollt den Schirm ergriffen - und zugeschlagen. Für seinen Fehlgriff und die falsche Absicherung musste er 600 Euro zahlen.

Die Polizei war zu schnell

Als die Oberurseler Polizei im Zuge einer allgemeinen Fahrzeugüberprüfung den Kleinlastwagenfahrer aus Frankfurt kontrollierte, fand sie im Handschuhfach zwei waffenscheinpflichtige Schreckschusspistolen. Das gab eine Anzeige wegen Verstoß gegen das Waffengesetz.

Im Gericht sagte der Angeklagte, er habe die Waffen bei einem zuvor vorgenommenen Umzug aufgefunden und zur Polizei bringen wollen. Doch auf dem Weg zum Revier sei er kontrolliert worden. Die Richterin glaubte dem „ehrlichen Finder,“ nicht und verhängte eine Geldstrafe von 1600 Euro.

Vom Winde verweht

Auf der Heimfahrt von der Neujahrsfeier war der 55-jährige Autofahrer der Polizei aufgefallen, weil er bei seiner Fahrt mehrfach sowohl nach rechts auf den Bürgersteig als auch nach links auf die Gegenfahrbahn gekommen war. Das lag wohl am vorherigen hohen Alkoholkonsum, der laut Blutentnahme über 1,7

Promille betrug. Der Verteidiger wollte den Alkoholwert nicht gelten lassen, da der Richter die Entnahme nicht angeordnet habe, so seine Begründung. Für die Schlangenlinienfahrt seines Mandanten hatte er auch eine Erklärung. An dem frühen Morgen sei es ein wenig neblig und auch windig gewesen, trug er vor. Die Richterin ließ ihr Urteil nicht vom Winde verwehen. Sie verhängte eine Geldstrafe von 1600 Euro und mehrere Monate Führerscheinentzug.

Wie die Jungfrau zum Kind gekommen

Wegen Verdachts des Diebstahls stand der 33 Jahre alte Friedrichsdorfer vor Gericht. Ihm konnte nachgewiesen werden,

dass er die in einer Bad Homburger Gaststätte entwendete Geldbörse in seinem Besitz hatte und er sie später nach Entnahme der 60 Euro Inhalt wegwarf. Den Diebstahl der Geldbörse bestritt der Mann. Ein Fremder habe sie ihm im Lokal in seine Jackentasche gesteckt, das habe er erst zu Hause bemerkt, erzählte er dem Richter. Doch an einen Freispruch glaubte der mutmaßliche Dieb selber nicht. Bereits vor dem Urteil der Richterin bat er, die zu erwartende Strafe in Raten zahlen zu dürfen. Sie betrug 375 Euro, gebildet aus 25 Tagessätzen zu je 15 Euro. Dafür wurden ihm vier Raten zugebilligt. ■

Heinz Habermehl

TRUNKENHEITSAHRT – ANGEHENDER POLIZIST IST UNGEEIGNET

Einem Polizeianwärter darf nach einer Trunkenheitsfahrt vorläufig die Führung seiner Dienstgeschäfte untersagt werden. Das hat das Verwaltungsgericht Koblenz entschieden.



Der Fall:

Der Antragsteller befindet sich als Polizeikommissaranwärter in der Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten. Er steht in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf. Er war mit seinem Fahrzeug in eine Verkehrskontrolle geraten. Dabei wurde eine

Atemalkoholkonzentration von mehr als 1,2 Promille festgestellt. Daraufhin untersagte ihm sein Dienstherr die Führung der Dienstgeschäfte und ordnete den sofortigen Vollzug an. Der Antragsteller hat dagegen Widerspruch erhoben und einstweiligen Rechtsschutz beantragt.

Die Entscheidung:

Das VG Koblenz hat den Antrag abgelehnt.

Die angefochtene Untersagungsverfügung ist offensichtlich rechtmäßig. Ein Verbot der Führung der Dienstgeschäfte kann nach dem Beamtenstatusgesetz bei Vorliegen zwingender dienstlicher Gründe ausgesprochen werden. Ein solcher liegt u.a. dann vor, wenn ein auf die Beendigung des Beamtenverhältnisses gerichtetes Verfahren zu erwarten steht.

Dies ist hier der Fall. Beamte auf Widerruf kann der Dienstherr grundsätzlich jederzeit entlassen. Vor diesem Hintergrund ist

es rechtlich nicht zu beanstanden, wenn der Dienstherr aus einer Trunkenheitsfahrt auf eine mangelnde charakterliche Eignung für den Beruf des Polizeibeamten schließt.

Einer zusätzlichen Gesamtwürdigung aller für und gegen die Eignung des Betroffenen sprechenden dienstlichen und außerdienstlichen Verhaltensweisen bedarf es nicht.

Wenn ein Polizeibeamter in einem zentralen Bereich polizeilicher Aufgaben versagt, kann schon daraus die Prognose für eine endgültige Nichteignung als Lebenszeitbeamter abgeleitet werden. Es bedarf keiner weiteren konkreten Anhaltspunkte für eine Wiederholungsfahrt.

Quelle: VG Koblenz, Beschluss vom 06.12.2012, Aktenzeichen: 6 L 1071/12. KO, PM des VG Koblenz Nr. Nr. 47/12 v. 27.12.2012 ■

Die Redaktion



DE ANJGE GRUPPE im GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
 ANJGE GRUPPE
 WWW.GEPJG.DE



Ich habe da mal eine Frage



Online möglich auf www.gdp.de/hessen

VERANSTALTUNGEN IN DEN KREISGRUPPEN

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG MUDRA

Am 28. November 2012 fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mudra statt.



Als besondere Gäste begrüßte der Vorsitzende, Tino Müller, den Abteilungsleiter der I.BPA, Frank von der Au sowie den Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe HBP, Detlef Otto, die beide auf aktuelle Informationen und Sachstandsberichte zu den in der Versammlung behandelten Themen Auskunft geben konnten. Erfreulich war die große Anzahl von Pensionären, die in diesem Jahr zur Versammlung erschienen waren und damit sowohl die noch vorhandene Verbundenheit zu ihrer GdP aber auch das Interesse an den aktuellen Entwicklungen in ihrer ehemaligen Dienststelle deutlich machten.

Zunächst berichtete der Vorsitzende über die Aktivitäten der Kreisgruppe im Berichtszeitraum:

- Unterstützung von Veranstaltungen in der I.BPA durch Bereitstellung von Sachpreisen

- Durchführung des Skatturniers im November 2011 und 2012
- Finanzierung und Bereitstellen von Werbemitteln
- Bearbeiten von Rechtsschutzvorgängen
- Unterstützung des Familienfestes der I.BPA am 23. August 2012

In seinem Jahresrückblick verwies der Vorsitzende noch einmal auf das sehr gute Wahlergebnis für die GdP in der Hessischen Bereitschaftspolizei von 70 % der abgegebenen Stimmen anlässlich der Personalratswahlen 2012. Die Wahlbeteiligung in der I.BPA lag bei knapp 60 % und damit deutlich über dem Gesamtschnitt in der HBP. Von 13 Mitgliedern für den Personalrat im HBPP stellt die GdP 9 Vertreter.

Ein breites Thema war die beabsichtigte Schließung der TEE 19. Hierbei wurde noch einmal verdeutlicht, dass für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit ihnen abgesprochene, individuelle und sozial verträgliche Lösungen gefunden werden müssen.

Als Teil einer gerechten Wertschätzung der HBP wurde die Forderung zur Gleichbehandlung des Personals der HBP mit dem Personal der anderen Behörden der Hessischen Polizei beim Stellenhebungsprogramm gestellt. Tino Müller bedankte sich in diesem Zusammenhang für die große Beteiligung bei der vor wenigen Wochen an den Innenminister weitergeleiteten Resolution mit der Forderung

nach Gleichbehandlung bei der Berechnung des Stellenkegels mit den übrigen Polizeipräsidien, bei der abschließend 800 Unterschriften gezählt werden konnten. Im Rahmen von Ergänzungswahlen im Kreisgruppenvorstand wurde Jasmin Schäfer, EE 11, zur Schriftführerin und Michael Laux zum Vertrauensmann der Führungsgruppe gewählt, und nach dem Lob des Kassenrevisors Thorsten Graf über die gute und ordnungsgemäße Kassenführung durch den Kassierer Egbert Host, wurden die nachfolgend genannten Kollegen (zum Teil in Abwesenheit) für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt:



Ehrung von Michael Laux für 25 Jahre in der GdP

Michael Laux und Markus Ehl für 25 Jahre Mitgliedschaft, Robert Dolanz für 40 Jahre Mitgliedschaft, Gerd Schmidt und Gerhard Helmer für 50 Jahre Mitgliedschaft.

Tino Müller

SKATTURNIER IN DER MUDRA

Am 14. November 2012 fand das jährlich stattfindende Skatturnier der Kreisgruppe Mudra in den Räumlichkeiten der alten Kantine der I.BPA in Mainz-Kastel statt. Der Vorsitzende konnte 23 Teilnehmer begrüßen, treue Stammspieler wie auch neue Gesichter und selbstverständlich auch einige „Jungpensionäre“, die alle mit großem Tatendrang angereist waren. Gespielt wurden wie immer drei Runden mit jeweils 18 Spielen an den Dreiertischen und 24 Spielen am Vierertisch. Die Tischplätze wurden vor jeder Runde neu ausgelost. Mit einer würzigen Chili con Carne, leckeren Frikadellen und einem

kühlen Schluck war für das leibliche Wohl in den Pausen bestens gesorgt.

Mit viel Schwung, Elan und dem Ziel, den ersten Preis, einen großen Werkzeugkasten mit über 300 Teilen, zu gewinnen, ging es gut gelaunt ans Werk.

Thomas Hesse aus der TEE 19 setzte sich nach einer furiosen ersten Runde mit über 1200 Punkten an die Spitze, verteidigte seine Position auch in den Folgerunden und ließ sich den Sieg nicht mehr entreißen. Mit großem Applaus der Teilnehmer wurde er als Gewinner des Preisskats der GdP-Kreisgruppe Mudra beglückwünscht. Alle Teilnehmer zeigten sich zufrieden mit

dem Verlauf, konnte doch jeder mit einem schönen Preis nach Hause gehen.

Mit der Ankündigung, auf Grund der guten Resonanz auch im nächsten Jahr ein Skatturnier durchführen zu wollen, verbunden mit dem Wunsch für ein gesundes neues Jahr 2013, verabschiedete der Vorsitzende die Teilnehmer.

Tino Müller



VERSCHULDUNG WÄCHST UNAUFHALTSAM AN

DIE ZEHE ZAHLEN NATÜRLICH WIEDER DIE STEUERZAHLER

Wie der Bund der Steuerzahler veröffentlicht hat, werden Bund, Länder und Gemeinden sowie ihre Extrahaushalte am Ende des Jahres 2012 wieder in Milliardenhöhe verschuldet sein.

2011 betrug die Verschuldung rund 2.021 Milliarden Euro. Zur Veranschaulichung dieser Zahl:

Würden ab sofort keine Schulden mehr aufgenommen und die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, neben allen anderen Ausgaben für Personal, Investitionen, Sozialleistungen, Zinsen etc. jeden Monat auch eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, so würde dieser Prozess 168 Jahre lang andauern müssen, um den Schuldenberg vollständig abzutragen. Am höchsten ist der Bund verschuldet; auf ihn entfallen 63 Prozent der Staatsschulden. Danach folgen die Länder mit 30 Prozent und die Schulden der Gemeinden schlagen mit 7 Prozent zu Buche.

Der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Haushalte lag im Jahr 2011 bei 81,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Im Jahr 2012 wird er voraussichtlich bei 81,2 Prozent liegen.

Die Gläubiger des Staates

Die Bundesbank schätzt, dass Ende 2010 Deutschland mit rund 400 Milliarden Euro bei Kreditinstituten und mit rund 1.025 Milliarden Euro im Ausland verschuldet war. Daneben haben Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen dem Staat Kapital in Höhe von rund 300 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Tendenz steigend.

Die Folgen der Verschuldung

Wer Schulden macht, muss Zinsen zahlen. Der Staat muss heute jeden achten Euro, den er durch Steuern einnimmt, für Schuldzinsen ausgeben; der Bund sogar jeden siebten. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle, um die eigentlichen Aufgaben des Staates zu erfüllen. Auch wird dadurch der Spielraum für dringend notwendige Entlastungen auf der Steuer- und Abgabenseite eingeschränkt, und zwar erheblich. Hinzu kommt die zunehmende Empfindlichkeit des Staates gegenüber Zinsänderungen an den Geld- und Kreditmärkten. Erhöhen sich die Zinsen mittelfristig um nur einen Prozentpunkt, steigen die Zinskosten allein des Bundes um rund 10 Milliarden Euro pro Jahr. Und jede zusätzlich aufgenommene Milliarde Euro an neuen Schulden belastet nachfolgende Haushalte – und damit die Steuerzahler – mit 45 Millionen Euro an fällig werdenden Zinszahlungen. Alleine in 2010 muss der Bund für Zinsen rund 33,1 Milliarden Euro ausgeben. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, denn die Schulden, die der Staat heute macht, müssen wir oder uns nachfolgende Generationen später in Form von Steuern zurückzahlen. Auch die spektakuläre Schuldentilgung des Bundes mittels der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Milliarden Euro zur Jahreswende 2000/2001 hat an der Dramatik der Verschuldungssituation nichts geändert. Denn bei einer gesamtwirtschaftlichen Nettokreditaufnahme von über 60 Milliarden Euro ist die Entlastung durch die Schuldentilgung schon nach knapp einem Jahr wieder zunichte gemacht. Geblieben sind nur die dauerhaften Zinsentlastungen von 2,5 bis 3 Milliarden Euro durch die Schuldenreduktion, die allerdings Jahr für Jahr in Ausgabenprogrammen versickern und nicht etwa zum weiteren Schuldenabbau genutzt

werden. Damit wird deutlich, dass auch die bestgemeinte Schuldentilgung nicht viel wert ist, solange die Neuverschuldung auf einem hohen Niveau verharrt.

Wie sieht es derzeit in Hessen aus?

In einer der zurückliegenden Landtagsdebatten stellte der Finanzminister Dr. Schäfer die kaufmännische Bilanz des Landes Hessen für das Jahr 2011 vor. Für die Steuerzahler lautet die Bilanz: Trotz leicht steigender Steuereinnahmen hat es ein zusätzliches Minus von 3,9 Milliarden Euro gegeben. Bereits im Jahr zuvor, 2010, hatte Hessen einen Fehlbetrag von 2,1 Milliarden Euro. Es fällt dann zunächst immer leicht, mit Blick auf die internationalen Kapitalmärkte eine mögliche Ursache zu finden. Als weitere Ursache wurden die Rückstellungen für die Beamtenpensionen und die Beihilfe der Beamten verantwortlich gemacht. **Insbesondere auf Druck der hessischen GdP wurden die Überlegungen der Regierungskoalition im letzten Jahr gestoppt, die Beihilfeverordnung für die hessischen Beamtinnen und Beamten zu ändern. Schlimme finanzielle Folgen, insbesondere für Familien, konnten so aufgehalten werden.** Wenn aber Hessen weiterhin Schulden macht, der Doppelhaushalt 2013 und 2014 weist dies aus, wird es wohl wieder eng werden, mit der Beihilfe für Hessens Beamtinnen und Beamte.

Kostenfaktor öffentlicher Dienst – Bildung kostet Geld!

Die Kosten für das Personal des Landes stiegen 2011 im Vorjahresvergleich um 1,1 Milliarden Euro auf 9,5 Milliarden Euro. Größter Kostenfaktor war hier die Lehrerbesoldung. 44 Prozent wurde im Bereich des Kultusministeriums veranschlagt. Das erklärte Ziel der Landesregierung, mehr Investitionen für die schulische Ausbildung und Hochschulausbildung bereit zu stellen, fällt bei der Bilanzierung des Haushaltes wieder negativ auf. Der Finanzminister stellte zudem fest, dass sich 2011/2012 in Hessen der wirtschaftliche Aufschwung stärker fortgesetzt hat. Das BIP ist in Hessen im vergangenen Jahr um 3,2 Prozent gestiegen und damit stärker als bundesweit (plus 3,0 Prozent). **„Wir haben die Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgreich gemeistert – aber sie hat auch zu einem deutlichen Anstieg der staatlichen Verschuldung geführt“, sagte der Minister.**

Mit der Folge, dass Hessen Ende 2011 insgesamt einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag verbucht hat. „Eine Trendwende sei erst in Sicht, so der Minister, wenn bis 2020 die Vorgabe der Schuldenbremse mit einer Nettoneuverschuldung von Null eingehalten werde. Derzeit habe Hessen noch Kreditmarktschulden von 39,5 Milliarden Euro. Das seien zwei Milliarden Euro mehr als 2010.“

Steuereinnahmen steigen auf Rekordhöhe

Im September 2012 sind die Steuereinnahmen um 4,2 Prozent gestiegen. Experten rechnen damit, dass Bund, Länder und Kommunen am Jahresende erstmals über 600 Milliarden an Steuereinnahmen generieren. 2012 könnte somit ein Rekordjahr werden, auch wenn die wirtschaftlichen Prognosen eher auf Rückgang der Konjunktur deuten.

„Quo vadis“ öffentlicher Dienst

JM

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNGEN IN DER HBP

KREISGRUPPE HESSISCHES BEREITSCHAFTSPOLIZEIPRÄSIDIUM



Ende Januar freute sich der im letzten Jahr neu gewählte Kreisgruppenvorstand über eine gut besuchte Jahreshauptversammlung. Viele aktive Mitglieder und einige Pensionäre folgten der Einladung. Zunächst wurden den verstorbenen Kolleginnen und Kollegen in einer Gedenkminute gedacht.

Kreisgruppenvorsitzender Karl-Heinz Hofmann berichtete in seinem Tätigkeitsbericht über die zurückliegenden Aktivitäten. Insbesondere die Mitgliederpflege der Aktiven stand dabei im Fokus. Die Kreisgruppe beteiligte sich am jährlichen Brunnenfest der Kreisgruppe Mudra und unterstützte auch aus langer Verbundenheit beim Preisskat. Dem Kassierer wurde eine einwandfreie Kassenführung bescheinigt, was auch die Kassenprüfer in ihrem Prüfbericht bestätigten. Damit konnte auch der Vorstand entlastet werden. Da die Kreisgruppe mit derzeit 50 Mitgliedern eine kleine ist, decken die Beitragsanteile leider nicht die Ausgaben. Der anwesende Bezirksgruppenvorsitzende sagte zu, bei begründeten Anträgen ggf. zu unterstützen. Nachgewählt wurden unter der Regie von Wahlleiter und Gast Valentin Müller zwei Kassenprüfer. Der Vorsitzende freute sich in seinem Bericht über die hohe Wahlbeteiligung anlässlich der zurückliegenden Personalratswahlen im Mai 2012. Über 70 Prozent der Beschäftigten haben ihre Stimme abgegeben und somit dem landesweiten Trend getrotzt. Mit Blick auf den anstehenden Bezirksdelegiertentag der Bezirksgruppe HBP wurden auch die Delegierten und Ersatzdelegierten gewählt. Karl Heinz Hof-

mann bat alle interessierten Mitglieder, die Internetinfos noch nicht bekommen, ihre E-Mail Erreichbarkeiten dem Vorstand mitzuteilen.

Gewerkschaftspolitisch zog der anwesende Bezirksgruppenvorsitzende, Detlef Otto, ein langes Fazit des zurückliegenden Jahres. Die Bereitschaftspolizei stand und steht immer wieder im Fokus von Organisationsänderungen. Man müsse jetzt abwarten, wer die Behörde in den kommenden Jahren führen werde. Entsprechende Stellenausschreibungen sind in Vorbereitung. Fest steht, dass ein neuer Vizepräsident zum HBPP stoßen wird. Mit Rainer Brüssow wird ein erfahrener Polizeivollzugsbeamter, der seinen Beruf von der Pike auf gelernt hat, künftig Verantwortung tragen. Neuer Leiter Einsatz / Zentrale Dienste ist der 57 jährige Peter Gomoletz, der vom PTLV zum HBPP wechselte.

Die Schließung der Technischen Einsatzeinheit (TEE 19) und die damit einhergehenden Personalveränderungen stehen in der derzeitigen Betrachtung. Viele Kolleginnen und Kollegen der TEE 19, die im Übrigen eine mehrjährige Ausbildung haben, wollen jetzt in andere Arbeitsbereiche wechseln. Hierfür gibt es natürlich keine freien Stellen, sodass die Kolleginnen und Kollegen zunächst im Überhang beschäftigt werden. Inwieweit dann in Mühlheim bei der III. BPA die dort vergrößerte TEE 39 mit entsprechendem Personal arbeits- und einsatzfähig sein wird, bleibt abzuwarten. Schlimmstenfalls

müssen wieder Kolleginnen und Kollegen erst ausgebildet werden.

Einhergehend mit der Reform im Bereich der TEE soll auch eine neue Einsatzeinheit (EE 14) in der I. BPA aufgebaut werden. Da entsprechende Stellen nicht zur Verfügung stehen, kann zunächst keine arbeitsfähige Einheit in der Stärke nach Organisationsplan aufgestellt werden. Parallel sind 50 Abordnungen durch Kolleginnen und Kollegen der HBP zu tragen. Das Landespolizeipräsidium müsse hier entscheiden, welche Priorität der Aufbau der EE 14 genießt.

Im Weiteren blickte der Bezirksgruppenchef noch in die Tätigkeiten der Länderkooperation. Es sei gelungen, die Schließungen von Dienststellen bei der Wasserschutzpolizei Hessen zu verhindern. Dazu haben auch die Gespräche mit politisch Verantwortlichen beigetragen. Letztlich hat der Minister bereits im Dezember 2012 im Landtag entschieden, dass die Organisation der WSP Hessen unangetastet bleibt. Für die Betroffenen Beschäftigten und die Bezirksgruppe eine gute Entscheidung des obersten Dienstherrn.

Der Abend klang bei einem gemütlichen Beisammensein dann entspannt aus, wofür sicherlich auch die gute Küche der Gaststätte TSG Mainz – Kastel verantwortlich zeichnete!

■
JM




SENIORNGRUPPE
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



AUS DEM LANDESSENIORENVORSTAND DER GDP

SENIORENSEMINAR IN TANN MIT ÜBER 50 TEILNEHMERN

Mehrere Dinge konnte man am Ende des diesjährigen Seniorenseminars der GdP feststellen. Die Teilnehmer/innen waren durchweg zufrieden und machten auch Vorschläge für künftige Seminare. Die Referenten trugen ihre Beiträge sehr lebendig vor, auch wenn manches Thema ein wenig kompliziert war. Es gab lebhaft Diskussionen und Beifall für die Vortragenden.

Es hat sich positiv ausgewirkt, dass Partnerinnen und Partner bei dem Seminar mit eingeladen waren. Die Themenvielfalt dieser Veranstaltung war schon fast zu umfangreich.

Positiv aufgenommen

wurde der landespolitische Bericht von **Lothar Hölzgen**. Senior/innen kommen nicht so gut an Informationen der täglichen Arbeit, wie die Aktiven im Dienst.



Funktionsbezogene Einschränkungen

Lothar Hölzgen berichtete vom Kampf der GdP um eine Verbesserung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), und über die Probleme mit den Sitzen im Streifenwagen „Insignia“. Verbesserungen sind in Sicht.

Es gibt bei der hessischen Polizei ca. 1200 Beamt/innen mit „funktionsbezogenen Einschränkungen“.

Es ging um zusätzliche Urlaubstage für Beamt/innen aufgrund eines EuGH-Urteils und um Dienstaltersstufen, die bald Erfahrungsstufen heißen.

Die GdP ist weiterhin bestrebt, den A10-Bauch zu beseitigen, damit die Kolleg/innen mit der A11 in Ruhestand gehen können.

Bis zum Jahr 2020 gehen 50 Prozent der Kolleg/innen in Ruhestand.

Die Tarifverhandlungen für 2013 laufen. Da muss auch für die Pensionär/innen mehr herauskommen als bisher.

Gewalt gegen Polizeibeamte

hat mehr als 20 Prozent zugenommen, daher hat auch Innenminister Rhein die GdP-Initiative zur Schaffung eines § 115a StGB gefordert. Gewalt gegen die Polizei muss härter bestraft werden, festgelegt in einem eigenen Paragraphen.

Betreutes Wohnen und Pflege

Martin Kersting, Sozialarbeiter beim Landkreis Fulda, hat viele praktische Erfahrungen aus seinem Berufsleben. Da er auch noch als Seniorenberater an einem Pflegestützpunkt aktiv ist, war ihm auch das Thema Pflege nicht unbekannt.



Pflegestützpunkte seien zur Beratung von gesetzlich Versicherten geschaffen worden. Privat Versicherte würden von der Organisation „Compass“ beraten. Da Menschen immer älter würden, sei es nur natürlich, dass sie im Alter auch entsprechende Wohnungen benötigten, wenn es sein müsse, auch mit der Möglichkeit der ambulanten Pflege.

Wichtig sei auch ein 24-Stunden-Notruf. Da der Mensch die Eigenschaft habe, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu wohnen, müsse er sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, ob seine Wohnung, sein Haus, fürs Alter geeignet ist. Kann ich noch Auto fahren, gibt es öffentliche Verkehrsmittel, habe ich Geschäfte in der Nähe, habe ich einen Bekanntenkreis, damit ich nicht einsam bin. Hilfsorganisationen wie DRK, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, VdK, Seniorenbeiräte und

auch Sozialämter seien meist geeignete Anlaufstellen.

Wichtig sei auch, sich regelmäßig ärztlich untersuchen zu lassen, sich um seine Gesundheit zu kümmern, mahnte Martin Kersting. Dazu gehöre auch die Ausfertigung eines Patienten-Testaments, eine Bankvollmacht für beide Partner, eine Vorsorgevollmacht, eine Betreuungsverfügung und, bei zu pflegenden Angehörigen, auch ein Notfallplan, wer pflegen soll/kann/darf, wenn eine Ehepartner ausfällt. Nicht zu vergessen ist für Beamt/innen auch eine Vollmacht für Vertrauenspersonen, die Beihilfe beantragen dürfen.

Erben und Vererben

Das trockene Thema „Erben und Vererben“ hatte sich Rechtsanwalt **Dr. Norbert Rücker** vorgenommen. Es sei ein Bestreben des Menschen, Vorsorge zu treffen für seinen Tod und die Zeit danach. Es sei ein Wunsch des Menschen, ein Testament zu erreichen. Das sei immer besser als die gesetzliche Erbfolge. Da könne es im Erbfall zu Streit kommen. Wer sein Vermögen rechtzeitig ordne, könne späteren Streit vermeiden. Den Satz „Ich habe nichts zu vererben“, ließ Dr. Rücker nicht gelten. Man könne auch „Ideelles“ vererben, zur Not sogar Schulden. Es sei eine Frage, ob man dann ein Erbe annehme.



Testament heißt

„mein letzter Wille“. Darin könne man regeln, wie man beerdigt werden wolle, wie die Grabpflege erfolgen solle. Ein Testament müsse handschriftlich verfasst werden und von den Erblassern unterschrieben werden. Es könne überall aufbewahrt und immer wieder geändert

werden. Ein Testament vor einem Notar koste Geld, werde beim Amtsgericht aufbewahrt und sei im Todesfall von den Erben zu erreichen. Die Kosten für die Verwaltung eines Testaments richteten sich nach der Höhe des Vermögens. Bei 100.000 Euro seien es 51,76 Euro.

Dr. Norbert Rücker erklärte, wie ein Berliner-Testament (Ehepaare setzen sich gegenseitig als Erben ein) abgefasst werde, dass bei der gesetzlichen Erbfolge die Blutsverwandtschaft in auf- und absteigender Linie zähle, dass es einen „Pflichtteil“ gibt und wie der aussieht. Ein „öffentliches Testament“ ersetzt den Erbschein bei der Eintragung ins Grundbuch. Bei einem Grundstück mit einem Wert von 1 Million Euro betragen die Kosten für den Erbschein beim Nachlassgericht 1557 Euro.

Dr. Norbert Rücker erläuterte die Begriffe der Zugewinngemeinschaft und eines Ehevertrages, erklärte, was Vor- und was Nacherben sind, und auch was ein „befreiter Vorerbe“ ist. Nur „eingetragene“ Lebenspartnerschaften seien wie Ehepaare zu behandeln. Sein abschließendes Fazit: „Es ist gut, ein Testament zu haben.“

Im Straßenverkehr besonders gefährdet

Sehr lebhaft gab sich Gerhard Brink, der Mann von der Straßenverkehrswacht Fulda, früher selbst Schutzmann und Leiter der Polizeistation Hilders. Ältere Menschen seien im Straßenverkehr besonders gefährdet. Statistisch hätten sie die gleichen Unfallzahlen wie 18 bis 20-jährige. Senior/innen trügen aber öfters die Schuld an einem Unfall.

Brink hielt nichts von jährlichen Führerscheinüberprüfungen. Senior/innen sollten aber vorsichtiger sein beim Autofahren, sich nicht unbedingt darauf verlassen, dass andere Kraftfahrer aufpassen. Man müsse sich selbst realistisch einschätzen. Eigenverantwortung sei gefragt.

Senior/innen sind aber auch als Fußgänger unterwegs und als Radfahrer.

15 Prozent aller Verletzten seien Fußgänger, 50 Prozent der Toten älter als 65 Jahre. Bei Radfahrern gebe es doppelt so viele Verletzte wie bei Fußgängern. Vorwiegend gebe es Kopfverletzungen, die zum Tode führten. Deshalb sei es wichtig, einen guten Helm zu tragen. Das Anlegen des Helms, was Brink demonstrierte, sei eben-



so wichtig wie das richtige Anlegen eines Sicherheitsgurtes.

Gut hören

Ist im Straßenverkehr ebenso wichtig wie gut sehen. Fahren mit schlechten Augen ist wie Fahren mit schlechter Bremse. Wichtig sei aber auch, gut gesehen zu werden. Da verschätze man sich gerne und dann komme es ungewollt zu einem Verkehrsunfall. Das Thema war so interessant, dass sich automatisch eine lebhaft Diskussion ergab.

Statt „Pflege“ gab es „Beihilfe“

Einige Neuigkeiten in Sachen Beihilfe lieferte Gerhard Kaiser, unser Fachmann für dieses Thema bei der Beihilfestelle in Hünfeld. Er war bereits zum vierten Mal bei der GdP und immer wieder hatte er Neuerungen und Altbewährtes zu berichten.

Neu ist, dass die Beihilfesätze für Heilpraktiker erhöht worden sind. Neu ist auch, dass Rezepte von Privatversicherten seit Anfang des Jahres von der Beihilfestelle „rabattiert“ werden. Bei gesetzlich Versicherten machen das die Krankenkassen. Rabattierung heißt, die Beihilfestelle holt sich von den Apotheken, die ein Rezept eingelöst haben, gewisse Prozente. Das bringt dem Staat im Laufe eines Jahres einige Millionen Euro ein. Damit das System funktioniert, muss auf jedem Rezept die Kennziffer des ausstellenden Arztes stehen. Die steht nicht auf Privatrezepten, müsste eigens eingefügt werden. Deshalb rät Gerhard Kaiser, sich ein Rezept mit dem Zusatz „Privat“ auf einem Kassenformular ausstellen zu lassen. Dort steht die Kennziffer bereits drauf. Außerdem muss die Kennziffer (Institutskennezeichen) der Apotheke drauf stehen, die das Rezept einlöst. Werden Rezepte zur Beihilfe eingereicht, die diese Ziffern nicht enthalten, werden sie von der Beihilfestelle an den Antragsteller zurückgeschickt, diese Ziffern eintragen zu lassen.

Gerhard Kaiser informierte über die wenigen Euro, die es beim Kauf einer neuen Brille oder einer Ersatzbrille gibt (alle drei Jahre oder bei Verlust oder Totalbeschädigung, den Grund für den Ersatz muss man auf die Verordnung schreiben). Für das Gestell gibt es nichts, für Gläser minimale Beträge. Die Höhe richtet sich nach der Art der Gläser, z.B. Gleitsicht, Kunststoff, besonders gehärtet. Bei der Verordnung von Kontaktlinsen muss man eine Indikation haben, damit sie beihilfefähig wer-



den. Wer eine neue Brille kauft, kann zum „Optiker seines Vertrauens“ gehen, wenn er es sich leisten kann. Dort ist der Kundendienst meist sehr gut, die Brillen sind aber entsprechend teurer. Grundsätzlich sollte sich ein „Patient“ verhalten wie ein Kunde und sollte hart um den Preis verhandeln. Das gilt auch bei einem Krankenhausaufenthalt. Man sollte fragen, was ein Zwei-Bett-Zimmer kostet. Da haben die Kassen bei den verschiedenen Krankenhäusern verschiedene Beträge ausgehandelt. Man sollte dem Krankenhaus anbieten, ein Zwei-Bett-Zimmer zu nehmen, wenn es nicht mehr kostet als 60 Euro. Eine Chefarztbehandlung ist bei freiwillig gesetzlich Versicherten zu 100 Prozent beihilfefähig. Auch beim Zahnersatz gibt es 100 Prozent Beihilfe, wobei vorher der Kassenanteil abgezogen wird. Hier gibt es mehrere Varianten, auch für Implantate. Wenig Geld gibt es auch für die teuren Hörgeräte. Hier soll es aber demnächst eine Verbesserung geben.

Kundenzentrum

Beihilfe ist ein kompliziertes Ding. Wer Fragen hat, kann sich an das Kundenzentrum der Beihilfestelle wenden. Der dortige Telefondienst ist von montags bis freitags von 8 bis 16.30 Uhr zu erreichen. Telefon: 0561-1061550. Diese Nummer steht aber auch auf jedem Beihilfeantrag.

Zum guten Schluss bliebe noch zu erwähnen, dass die Seminarteilnehmer viele Fragen hatten, so dass Gerhard Kaiser, der eigentlich über Pflege referieren wollte, dazu nicht mehr kam. Wir werden ihn beim nächsten Seminar im Oktober 2013 daher wieder einladen.

NW

Wechsel im Landesseniorenvorstand

Aus gesundheitlichen Gründen hat Hans-Helmut Werkmeister (Bild rechts) sein Amt niedergelegt.

Bis zu den Neuwahlen wird Eduard Gottschalk (Bild links) aus der Seniorengruppe Frankfurt diesen Posten begleiten.



Redaktion/PW

SCHLUSSPUNKT

Abmessen...



„Reden Sie einfach weiter, irgendwann wird schon was Sinnvolles dabei sein.“

Hart aber ehrlich

Passt!!



„I understand only railwaystation“

Ich versteh nur Bahnhof!



English

for insiders

- Füllt die freien Kästchen mit den Zahlen 1 - 9
- Jede Zahl darf in jeder Zeile und in jeder Spalte nur einmal vorkommen
- Auch in jedes der 3x3-Felder dürft Ihr die Zahlen nur jeweils einmal eintragen



	7			6		1		
	4	8	9			5		
	2			3			4	
9						7		
	3						2	
		5						8
	6			1			3	
		4			8	6	5	
		1		9			8	

Sudoku

P - Pünktlichkommer

Kollegen ohne Rückgrat und eigenem Profil haben es sich redlich verdient, dass man sie als "Pünktlichkommer" titulierte. Im Büro sind sie



fast genauso unbeliebt wie die "Kampfschläfer", die sich auch im größten Stress jeglicher Arbeit verweigern.

Büroschimpfwörter

Ein Mann besucht eine Wahrsagerin.

„So“ sagt sie

„ Sie sind also Vater von zwei Kindern.“

„Pah“ antwortet er „ das glauben Sie!

ICH bin Vater von 3 Kindern!“

„DAS glauben SIE!“



Bitte lächeln!